

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 38. Jahrgang

AZB 5332 Rekingen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.- / Jahresabo Fr. 45.-

Erscheint monatlich

Nr. 9 2003

Das Versagen der Altparteien

Démocrate  Suisse
Pages 13-15

Sonderausgabe Wahlen:
50'000 Exemplare



Bernhard Hess,
Nationalrat
und
SD-Zentral-
sekretär, Bern

Multikulturelles Chaos, Massen- einwanderung, Rentenklau, Abzockermanager. Landauf, landab ärgern sich sehr viele Mitbürgerinnen und Mitbürger seit Jahren zu Recht über diese und andere Missstände. Dem Bundesrat und dem Parlament wird wenig Vertrauen entgegengebracht. Trotzdem bleiben die Kritiker bei den alles entscheidenden eidgenössischen Wahlen leider **entweder zu Hause** oder aber – was noch viel schlimmer ist – sie wählen wieder eine der Bundesratsparteien, über die sie doch eigentlich unzufrieden sind und die mit ihrem Versagen viele Probleme selbst verschuldet haben. Deshalb braucht man sich nicht zu wundern, dass die grundsätzliche politische Kursrichtung nicht ändert.

POSTCODE 1

AZB 5332 Rekingen

Die für unser Land richtungswaisenden Nationalratswahlen vom kommenden Herbst stehen vor der Tür. Ich rufe Sie deshalb auf: Machen Sie all jenen Verwandten und Bekannten, die «mit denen in Bern» nicht zufrieden sind, klar, dass die entscheidenden Weichen bei den Nationalratswahlen gestellt werden. **Es genügt nicht, einzelne – wenn auch teilweise sehr wichtige – Vorlagen von Bundesrat und Parlament abzulehnen. Damit kann nur ein wenig gebremst werden, die Kursrichtung bleibt jedoch die gleiche.** Etwas spä-

ter versuchen es die Regierenden von neuem, in der Hoffnung, das Volk werde müde oder man habe es genügend mit Propaganda beeinflussen können. Es bringt ohne Zweifel auch nichts, die Faust im Sack zu machen und zu meinen, es nütze ja doch alles nichts. Der Gang an die Wahlurne ist letztlich viel wichtiger als die Teilnahme an den meisten Sachabstimmungen. In einer Demokratie hat eben jedes Volk die Behörden, die es selbst wählt. Die Wahlen sind auch bei uns die wichtigsten Weichenstellungen. **Nur wenn die Schweizer Demokraten mehr Sitze gewinnen, dann ändert die Kursrichtung in Bern in unserem Sinne.** Denn die SD ist die einzige Partei, welche geschlossen für eine freie, unabhängige und schweizerische Schweiz einsteht.

Es gibt tausend gute Gründe, die heimatstreuen Schweizer Demokraten (SD) zu unterstützen:

– Die SD fordern das **Recht auf Heimat**, denn die massive Zunahme der Zahl nicht assimilierbarer Ausländer aus immer exotischeren Ländern bedroht den Fortbestand unseres Volkes. Wird die jetzige Ausländerpolitik fortgeführt, werden die Schweizer schon bald zur Minderheit im eigenen Land werden. Die letzten Schweizerinnen und Schweizer steckt man dann wohl wie einst die Indianer in ein Schweizerreservat, vielleicht auf dem Ballenberg oder dem Flumserberg. Das ist gar nicht so abwegig: Jedenfalls sind die Folgen dieser schlimmen Entwicklung schon jetzt an zahlreichen Schulen zu beobachten. In nicht wenigen Schulklassen sind nicht nur die Schweizer Kinder, sondern neu sogar die mitteleuropäischen Schülerinnen und Schüler in einer deutlichen Minderheit. Für uns ist klar: Die Schweiz muss das Land der Schweizer bleiben.

– Die Schweiz muss für **Illegale und dreiste Einschleicher** unattraktiv werden. Deshalb fordern wir seit Jahren einen besseren Schutz der Schweizergrenze und eine Justiz, die härter und konsequenter gegen den Asylmissbrauch vorgeht. Der jahrzehntelangen verfehlten Ausländer- und Asylpolitik der Regierenden muss endlich Einhalt geboten werden. Denn was nützt es, wenn die Polizei zwar drogenhandelnde Dunkelhäutige, «Neger» darf man ja heute nicht mehr sagen, verhaftet, die 68er-Richter diese aber meist ohne Konsequenzen wieder auf freien Fuss setzen?

Am 19. Oktober gilt: Siegen oder untergehen

Es kann nicht genug unterstrichen werden, wie wichtig und richtungsweisend für unser Land und unsere Partei die bevorstehenden Nationalratswahlen vom **19. Oktober 2003** sind. Gerade für unsere heimatstreue Bewegung geht es um alles. Sie können uns in folgenden Kantonen wählen:

AG: SD-Liste 7a, JSD-Liste 7b,
Ständerat: Lidwina Wiederkehr

BE: SD-Liste 15, JSD-Liste 16

BL: SD-Liste 9

BS: SD-Liste 9

Ständerat: Markus Borner

LU: SD-Liste 8

NW: Nationalrat: Beat Vetterli;
Ständerat: Stephan Bestler

SG: SD-Liste 18

TG: SD-Liste 10

VD: DS-liste no 8

ZH: SD-Liste 8

Um bei den Wahlen gegen die erdrückende Konkurrenz der Grossparteien nicht total unterzugehen, müssen wir auf den beiliegenden Einzahlungsschein hinweisen. Noch fehlen uns mindestens 50'000 Franken. Wir sind deshalb um jeden Spendenfranken äusserst dankbar.

Ihr Nationalrat Bernhard Hess, SD-Zentralsekretär

– Wir Schweizer Demokraten sind über das **starke Wachstum der Ausländerkriminalität** äusserst beunruhigt. Seit Jahren beherrschen Ausländerbanden den Drogenmarkt. Die Gewalttätigkeit steigt bedrohlich an. Derweil übt sich der Bundesrat bei der Präsentation des Berichtes «Innere Sicherheit in der Schweiz» einmal mehr im Schönreden und in Verharmlosung. Wussten Sie, wie viele Straftaten im vergangenen Jahr von Ausländern verübt wurden? Es waren 164'000 Delikte, gegenüber 137'000 im Vorjahr. Im Vergleich zum Vorjahr wurden also von Ausländern rund 20% mehr Straftaten verübt. Im Drogenhandel liegt der Anteil der ausländischen Täter sogar bei über 80%. Das ist alarmierend. Trotzdem werden diese Tatsachen von unseren Medien meist beschönigt oder sogar gänzlich verschwiegen.

– Viel lieber schreibt man über einige Glatzen, welche wohl auch dieses Jahr auf das Rüttli marschieren. Und ich garantiere Euch: Das gibt auch dieses Jahr wieder ein Riesengeschrei in den etablierten Medien. An vorderster Front sicher wieder dabei die Politik-Tugendwächter aus dem Hause Ringier, dem selbsternannten Hüter der Moral: **Unsere Nationalfeier hingegen wird selbstverständlich wieder verschwiegen.**

– Wie einst die Juden im Dritten Reich werden wir Schweizer Demokraten von gewissen Medienleuten immer mehr aus dem gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt. Und unsere Behörden doppelten nach: Das Departement Metzler plant tatsächlich eine **Ergänzung des Rassismusetzes**, die beim näheren Hinschauen einzig gegen die politische

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 Die SD – eine unterschätzte Bewegung
- 4 «Schweizervolk» vor dem Untergang
- 6 Pisa-Studie für die Katz?
- 7 Wahlen 03: Für die Schweiz!
- 8 Veranstaltungskalender
- 10 Aufruf zum Unterschriftensammeln
- 11 Die Mörder der Demokratie Schweiz

Das Versagen der Altparteien

Fortsetzung von Seite 1

Arbeit von Parlamentsparteien gerichtet ist. Per Bundesgesetz soll neu ein Propagandaparagraph eingeführt werden, der selbst Kritik an der Masseneinwanderung und dem Asylmissbrauch von Parlamentsparteien unter Strafe stellen will. Die SD lehnen aber eine Gedanken- und Gesinnungspolizei, welche künftig rassendiskriminierende Inhalte aufdecken soll, entschieden ab. Auch ist es unverständlich, dass sich dieses neue Gesetz einseitig auf die rechtsextreme und die meist unpolitische Sportkrawallszene richtet. Wohl aus ideologischen Gründen werden die gewaltbereite linksextreme Szene und die militanten Ausländergruppierungen ausgeblendet. Die Bekämpfung von linksextremem Gewaltpropaganda wird gar nicht erst in Erwägung gezogen. Jedenfalls lehnen wir Schweizer Demokraten die Einführung dieses bürgerrechtsfeindlichen, einseitigen, überflüssigen und der freien Schweiz unwürdigen Schandgesetzes entschieden ab. Polizei und Justiz haben Besseres zu tun, als Andersdenkende und Einwanderungskritiker zu verfolgen.

– Ein ähnliches Kapitel unter dem **Skandal-Bundesgerichtsentscheid zu Einbürgerungen**, den wir mit Bestürzung zur Kenntnis nehmen. Die Begründung, wonach eine Einbürgerung einen Verwaltungsakt und nicht einen politischen Entscheid darstellt, kann keinesfalls akzeptiert werden. Es darf nicht sein, dass auf diese Weise durch die Hintertüre ein Recht auf Einbürgerung eingeführt wird. Mit diesem Entscheid stellt das Bundesgericht das Fundament der direkten Demokratie in Frage. Diese Beschneidung der direkten Demokratie werden sich die Bürgerinnen und Bürger nicht gefallen lassen. Wir jedenfalls sind auch hier bereit, mit Hilfe einer Verfassungsänderung gegen diesen skandalösen Einbürgerungsentscheid anzutreten.

– Gerade in Zeiten der sogenannten «Globalisierung» verlangen wir den absoluten **Schutz der Schweizer Arbeitnehmer** und Lehrlinge auf dem Arbeitsmarkt sowie der einheimischen Studierenden im Ausbildungssektor. Statt Milliarden ins Ausland zu verschleudern, sind diese Gelder zur Sicherung der Sozialwerke einzusetzen. So lassen sich auch die Erhöhung der Krankenkassenprämien stoppen und die AHV und IV sichern.

– Einen Beitritt zur **zentralistischen, bürokratischen und undemokratischen EU lehnen wir Schweizer Demokraten entschieden ab**. Niemals dürfen unsere Freiheit, Unabhängigkeit und die direktdemokratischen Volksrechte einem EU-Vollbeitritt geopfert werden. Unser Ziel ist ein Europa der souveränen Länder. Eine Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf mittel- und osteuropäische Staaten werden wir nötigenfalls mit einem Referendum bekämpfen.

– Viel mehr Aufmerksamkeit müssen wir auch auf eine lebenswerte **Zukunft für die Schweizer Familien** richten. Die kinderfeindliche Politik der Etablierten hat die Schweiz zu einem kinderarmen Land gemacht. Kinder sind zum Armutsrisiko Nummer Eins geworden, die Renten sind in ernster Gefahr. Wir wollen die Schweizer Familie mit Steuervergünstigungen und Kin-

dergelderhöhungen besonders fördern. Keinesfalls dürfen wir noch mehr Ausländer, wie oft auch immer aus Wirtschaftskreisen gefordert, zur Sicherung der AHV ins Land holen. Dieser Mechanismus gleicht einem Schneeballeffekt, denn diese Menschen werden auch älter und müssen dann auch wieder durch neue Ausländer ersetzt werden.

Opfer, nicht Täter schützen

– Die **Kriminalität** muss wieder energisch **bekämpft** werden. Die Bevölkerung muss sich auch abends wieder aus dem Haus trauen. Gegen Straftäter, oft aus ganz fremden Kulturkreisen, ist mit der ganzen Härte des Gesetzes vorzugehen. Vergewaltiger und Kindererschänder sind lebenslang zu verurteilen. Es muss wieder die Zeit kommen, wo wieder die Opfer und nicht die Täter durch unsere Justiz geschützt werden. Wir Nationalisten müssen uns entschieden gegen eine weitere Ausdehnung der globalen Macht und des verderblichen «American way of life» der Vereinigten Staaten von Amerika wehren. Die unselige Diskussion über die angebliche Schuld der Schweiz am Zweiten Weltkrieg hat uns den Weg aufgezeigt: Die Schweiz ist kein Protektorat der USA! Jedenfalls müssen wir uns von diesem Eine-Welt-Herrscher nicht alles gefallen lassen.

– Eine vaterländische Partei muss auch **für eine intakte und gesunde Natur** eintreten. Deshalb setzen wir uns für die einheimische Produktion und konsequente Deklaration ein und sagen Nein zu Genmanipulation und Hormonbetrügereien. Wir brauchen gesunde und kontrollierte Lebensmittel aus einer intakten Natur. Bei der Produktion dürfen nicht die Interessen des Kapitals im Mittelpunkt stehen, sondern das Recht des Volkes auf einwandfreie Nahrung und eine unversehrte Umwelt.

Lex Friedrich beibehalten

– Mit Bestürzung mussten wir Schweizer Demokraten auch zur Kenntnis nehmen, dass nach Meinung des Bundesrates Ausländer Wohnungen und Ferienhäuser in der Schweiz künftig frei kaufen können, denn die Landesregierung will eine Motion der FDP für die Aufhebung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland, der Lex Koller, früher Lex Friedrich, entgegennehmen. Ich frage mich: Weshalb haben wir Schweizer Demokraten dann vor acht Jahren erfolgreich das Referendum gegen den **Ausverkauf der Heimat** durchgezogen, wenn die Volksmeinung jetzt dermassen mit Füssen getreten wird? Jedenfalls werden wir niemals eine totale Verschacherung unseres Heimatbodens hinnehmen. Auch dieser Kampf geht weiter!

Erlauben Sie mir, dass ich auch noch auf unsere neue Volksinitiative **für eine Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten** eingehe. Dieses Volksbegehren ist nötiger denn je. Der Text ist eindeutig und klar formuliert. Er richtet sich gegen die Masseneinwanderung aus Nicht-EU-Staaten, denn 41,5 Prozent aller Einwanderer stammen heutzutage aus Nicht-EU- oder Nicht-EFTA-Staaten. Der Ausländeranteil steigt und steigt – trotz Masseneinbürgerungen. Und schauen Sie

sich doch unsere Städte und grösseren Ortschaften an! Wir werden regelrecht denationalisiert, das Wort «umgevolkt» darf man heutzutage ja nicht mehr gebrauchen. Wussten Sie, dass zwischen 1980 und 2003 sich die Zuwanderung aus Afrika, Asien und Mittel- und Südamerika vervierfacht hat? Mit schöner Regelmässigkeit werden die neusten Ausländer- und Asylstatistiken veröffentlicht. Die Inhalte kennen Sie: Trotz der jahrelang wiederholten Versprechungen des Bundesrates, den Ausländerbestand mindestens zu stabilisieren, hält die Einwanderung laufend an. In praktisch keinem Land Europas leben so viele Ausländer wie in der Schweiz. Ende April 2002 belief sich die ständige ausländische Wohnbevölkerung auf 1'456'780 Personen oder 20 Prozent. Dies waren wiederum 27'206 mehr als im Vorjahr – trotz Rekord-Einbürgerungen von 36'452.

Wenn man die in der Statistik nicht berücksichtigten Saisoniers, Kurzaufenthalter, internationalen Funktionäre und Asylbewerber mitzählt, so beträgt der Ausländeranteil über 24 Prozent.

Im Asylbereich hat sich die Situation zwar etwas entspannt, doch haben allein im Monat Juli wiederum 1952 Personen in der Schweiz ein Asylgesuch eingereicht. **Nach wie vor ist die grosse Mehrheit nicht an Leib und Leben bedroht, sondern versucht die Einwanderungsbeschränkungen zu umgehen.** Noch immer sind die Missbräuche des Asylrechts sehr zahlreich.

Abgesehen von den immer schwierigeren sozialen und wirtschaftlichen Folgen dieser Entwicklung – Stichworte: Integrationsprobleme, Überfremdung, Konkurrenzierung der Einheimischen auf dem Arbeitsmarkt usw. – verschärft sich laufend die Überbevölkerung und damit die Umweltbelastung unseres kleinen, schon lange überbevölkerten Landes. Der ungebremsten Zuwanderung ist deshalb endlich Einhalt zu gebieten.

Grüne unglaubwürdig

Was ich immer wieder betonen möchte: Im Gegensatz zu den sogenannten «Grünen», die einerseits von Umweltschutz reden und andererseits möglichst viele Einwanderer hereinlassen möchten, vertreten wir Schweizer Demokraten eine umfassende Umweltpolitik, die auch das Bevölkerungswachstum mit einbezieht. Bei ständig wachsender Bevölkerung, d. h. ohne Beschränkung der Einwanderung, bleibt ein wirksamer Umweltschutz ein Wunschtraum, weil mehr Menschen zwangsläufig die Umwelt stärker belasten.

• **Wie sähe im Übrigen die kleine Schweiz aus, wenn es die Schweizer Demokraten nie gegeben hätte?** Nur dank unseres unermüdeten Kampfes mit Hilfe von Initiativen, Referenden und in den verschiedenen Parlamenten gegen die ungebremste Einwanderung und gegen den Asylantenzustrom leben nicht bereits **2,25 Millionen Ausländer** oder mehr in unserem Land.

Ich fordere Sie deshalb auf: Unterstützen Sie die SD-Initiative für eine Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten tatkräftig! Sie ist das einzige griffige Mittel, wie die schlimme Einwanderungsentwicklung noch in den Griff zu bekommen ist. Sammeln Sie fleissig Unterschriften für das SD-

Volksbegehren. Ihre Enkel und Urenkel werden Ihnen einmal dankbar sein.

Die SD ist eine erfolgreiche Partei

Im Nationalrat hatten wir mit verschiedenen Vorstössen direkt oder indirekt Erfolg. Ich denke da an die Überweisung unserer Forderung, dass ausländische Straftäter auch im Heimatland ihre Strafe verbüssen sollen, was uns viele Steuerfranken ersparen könnte. Dank uns sollten auch die Entwicklungshilfen bei massivem Asylmissbrauch gekürzt oder gar gestrichen werden, falls der Bundesrat den Mut hat, diese Forderung auch wirklich umzusetzen. Die Gewalt in öffentlichen Verkehrsmitteln soll neu massiv bekämpft werden, die risikoreichen betriebseigenen Pensionskassen sollen dank der SD abgeschafft werden und wir haben auch ein Herz für Tiere und die Natur: Stichworte: Die artgerechte Pferdehaltung soll auch hierzulande eingeführt werden und CD und CD-ROMs sollen neu wiederverwertet werden.

Leider wurden zahlreiche SD-Vorstösse abgelehnt, wie etwa der Schutz der Landessprachen vor englischen Fremdwörtern, die Rückkehr zur alten Rechtsschreibung, der Schutz der Schweizer Fahne oder möglicherweise auch ein Schweizer Armeemuseum in Thun. Weiter bedauern wir SD die Ablehnung des von den SD beinahe allein getragenen Referendums gegen die bilateralen Verträge im Jahre 2000.

Insbesondere dank der direktdemokratischen Instrumente Initiative und Referendum kann auch eine kleinere Partei viel bewirken und den Regierenden die Suppe manchmal gehörig versalzen.

Wir können noch viel mehr erreichen, wenn wir in der Bundesversammlung wieder mit einer eigenen Fraktion vertreten sind. Unsere Vorstösse und Anträge finden um so mehr Beachtung, je stärker wir sind. Handeln ist gefragt, nicht bloss schöne Lippenbekenntnisse vor Wahlen ohne nachfolgende Taten, wie dies bei gewissen rechtsbürgerlichen Kreisen der Fall ist.

Wie jedes Jahr bei unserer Nationalfeier weise ich am heutigen Tag mit grosser Freude und Stolz auf unsere **1. August-Initiative**, die am 26. September 1993 mit einem Rekord-Ja-Stimmenanteil von 83,8 % angenommen wurde. Nur ganz wenige Volksinitiativen erreichen das doppelte Mehr von Volk und Ständen.

Bereits zum **zehnten Mal** darf die Schweiz dieses Jahr den **1. August** als im ganzen Land offiziellen, in der Bundesverfassung verankerten **arbeitsfreien Nationalfeiertag** begehen. Etwas, das eigentlich selbstverständlich ist, musste bekanntlich durch uns Schweizer Demokraten hart – letztlich sogar mit einer Volksinitiative – erkämpft werden, weil die regierenden Parteien (wie in vielen anderen Fällen) den Puls des Volkes nicht spürten. Dafür dürfen wir uns umso mehr über diese unsere Errungenschaft freuen.

Scheuen wir uns nicht, unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern immer wieder in Erinnerung zu rufen, wenn sie den arbeitsfreien Nationalfeiertag verdanken.

Am Bundesfeiertag gedenken wir der Entstehung und der Geschichte der

Die Schweizer Demokraten – eine unterschätzte Bewegung



René Kunz,
Kantonal-
präsident
SD Aargau,
Reinach

Warum braucht es die Schweizer Demokraten (SD)? Die SD – entstanden letztlich aus Nationaler Aktion für Volk und Heimat und Republikanern – haben Patriotismus, Rechtsstaatlichkeit und Soziale Solidarität von Anfang an nicht punktuell verstanden wie Sozialdemokratie und schweizerische Volkspartei (EX-BGB), sondern ganzheitlich und zeitgemäss. Anders als die SP sind die SD die Partei der kleinen Leute schlechthin, und nicht eine Partei von vorab gutdienenden linken Mittelständlern (Cüpli-Sozi, Kaviar-Linke) und von Befehlsempfängern grosser Organisationen (Gewerkschaften).

Anders als die SVP sind die SD nicht eine Partei, in der Unternehmer, Milliardäre, Bankiers, Grossbauern und Verbandsbonzen letztlich – nach volkstümlichen Sprüchen – den Real-Ton angeben. Auch die SVP gehört nicht nur zur classe politique (Polit-Filz), sondern vertritt auch die classe possédante (vermöglige Schicht). Sowohl SP wie SVP profitieren von dem neuen Feudalsystem des einstigen Wohlfahrtsstaates, der zu einem Pfründen- und Privilegien-Staat für ganz bestimmte organisierte Gruppen und ihre Lobbies verkommen ist. Die SD dagegen kämpfen für Korrektur und Re-

form dieses Systems und damit für die Wiederherstellung der ursprünglichen Wohlfahrtsgemeinschaft der Eidgenossen.

Was aber war und ist diese Wohlfahrtsgemeinschaft? Wie jede menschliche Gemeinschaft beruht sie auf den jahrtausendealten Werten Heimatliebe, Rechtsordnung und Solidarität. Eben diese «konservativen», jedoch zeitlos gültigen Werte vertreten die SD.

Zur Heimatliebe:

Sie äussert sich in der Liebe zu Volk und Heimat und führt deshalb zum Wehrwillen und zur Wehrbereitschaft sowie zur Wahrung von Unabhängigkeit und Freiheit. Darum sind die SD kritisch bis ablehnend gegenüber allem nationalen und vor allen internationalen Gross-Organismen und Gross-Strukturen, die letztlich Volk, Wehrwillen, Unabhängigkeit und Freiheit schädigen und damit die Heimat in Frage stellen.

Zur Rechtsordnung:

Jede menschliche Gemeinschaft – von Familie und Ehe bis zum Verband und zum Staat – benötigt eine Rechtsordnung. Diese soll sich zwar an übermenschlichen («religiösen») Werten orientieren, jedoch Würde, Rechte und legitime Interessen ihrer Menschen sichern. Diese Menschen – und nicht Fremde oder gar fremde Richter – sollen diese Rechtsordnung gestalten. Damit wird Recht gegen Un-Recht gesetzt.

Zur Solidarität:

Jede menschliche Gemeinschaft benötigt soziale Solidarität unter Menschen und unter Gruppen. Die

SD setzen sich deshalb für die wirklich schwachen Einzelnen und die wirklich benachteiligten Gruppen ein und bekämpfen deshalb Pfründe und Privilegien, die sich Einzelne und/oder Gruppen – auch und gerade mit Namen angeblicher «Solidarität» – erschlichen haben. Das gilt gegen in- und ausländische Sozialparasiten, gegen Scheininvaliden und gegen Überverdiener und Abzocker unter den Wirtschafts-Gewaltigen.

In unserer Zeit fallen drei Erscheinungen auf – die Spätfolgen der 1968-er Bewegung, die globale Amerikanisierung, und ein merkwürdiger weltweiter «Ruck nach rechts». Sie alle bestätigen langjährige Warnungen und Auffassungen der SD.

Zur 68-er-Bewegung:

Sie hat der westlichen Welt – auch der Schweiz – eine krankhafte Staatsgläubigkeit gebracht, die Abwertung von Familie und Ehe, eine groteske «antiautoritäre Erziehung» (schon dieser Begriff ist falsch – Erziehung beruht ja immer auf Autorität!), einen naturwidrigen Pseudo-«Feminismus», einen debilen Jugend-Kult (verbunden mit Alters-Verachtung), die Zerstörung des Wehrwillens, einen linken Polizeistaat («Antirassismus»-Gesetz!) und vor allem USA-lastige Dekadenz in der Kultur.

Zur Amerikanisierung:

Was uns als «Globalisierung» gerühmt wird, ist im Grunde Amerikanisierung. Die USA als Vorbild – das Land des grössten Landraubes der Weltgeschichte, des grössten Völkermordes (Indianer), der scheusslichsten Sklavenwirtschaft (Negersklaverei). Heute wird als «moderner Kapitalismus» und «Neoliberalismus» eine Mega-Perversion der Marktwirtschaft uns aufgeschwatzt, ein gottloses und menschenverachtendes Wirtschaftssystem, das die Erde verschmutzt und Milliarden Menschen in Not und Hunger zwingt. Die SD haben diese Amerikanisierung stets bekämpft.

Zum Ruck nach rechts:

Doch weltweit ist derzeit ein seltsamer Ruck nach rechts, eine Hinwendung zu «konservativen» Werten, zu Religion, zu Volkstums-Bewusstsein, zu Widerstand festzustellen, und zu heftigem Anti-Amerikanismus. Und ausgerechnet in Europa – und in der Schweiz! werden Junge immer wertbewusster, immer nationaler, immer feindlicher gegenüber einer künstlich importierten «Multikulturalität». Kurz: Es sind Junge, die Positionen wiederentdecken, welche die SD immer vertreten haben. So scheinen die SD eine unterschätzte Bewegung zu sein. Eine Bewegung deshalb mit Zukunft!

Globalisierung existiert gar nicht!

jhd. Es gibt gar keine Globalisierung! Was gewöhnlich als «Globalisierung» bezeichnet wird, ist in Tat und Wahrheit ein weltweiter Imperialismus der USA, ermöglicht durch den Tatbestand, dass die Vereinigten Staaten zu einer Militärmacht aufgestiegen sind, welcher auch die zweitstärkste Militärmacht der Welt das Wasser nicht reichen kann; militärisch zuerst, durch die Sicherung der natürlichen Ressourcen wie Erdöl usf., dann auch wirtschaftlich, zuletzt politisch. Vermutlich ist auch keine echte Globalisierung der Welt möglich, weil der Mensch eben territorial vorprogrammiert, das heisst in seinem vererbten, angeborenen Verhalten so prädisponiert ist, dass er sich notwendigerweise mit einer Menschengruppe

identifizieren muss, die sich durch das Leben in einem gemeinsamen Gebiet definiert. Prototyp einer solchen Gruppe ist der Nationalstaat. Nationalstaaten können sich allerdings auch zu Imperien weiterentwickeln (oder entarten, wenn wir moralische Kategorien einführen wollen), indem sie andere Gebiete, in welchen auch Menschen wohnen, sich untertan machen und über sie herrschen. Die Schwärmerei von einem demokratischen Weltstaat ist deshalb illusorisch. Die Alternative kann nur in einer bezüglich Macht «pluripolaren», allenfalls föderalistisch organisierten Welt aus lauter möglichst souveräner Nationalstaaten bestehen.

Jean-Jacques Hegg, Gemeinderat,
e. Nationalrat

Fortsetzung von Seite 2

Schweizerischen Eidgenossenschaft, die mit ihrer direkten Demokratie beispiellos dasteht. Aufgabe des Nationalfeiertages ist es, das gemeinsame Staatsbewusstsein zu stärken, sich der vorhandenen Probleme bewusst zu werden und den Willen zu deren Lösung zu stärken.

Wir Schweizer Demokraten setzen uns für die Schweiz ein, weil wir unsere Heimat lieben und sie auch für künftige Generationen lebenswert erhalten wollen.

Deshalb mein Aufruf an Sie alle: Bewegen Sie möglichst viele Mitbürgerinnen und Mitbürger, die mit der Politik von «Bern» unzufrieden sind, dazu, bei den Schweizer Demokraten aktiv mitzumachen. Und gehen Sie am 19. Ok-

tober unbedingt an die Urne und berücksichtigen Sie die Liste der heimattrauen Schweizer Demokraten möglichst unverändert. Denn wir sind die einzige Partei, die wirklich für unser Land als lebenswerte Heimat auch künftiger Generationen einsteht.

Sagen wir es an die Adresse unserer politischen Gegner einmal mehr klar und deutlich: Wir wollen freie Schweizer in einer freien Heimat bleiben! Kämpfen wir dafür mit Mut, Zuversicht und Selbstbewusstsein.

Es lebe die freie Schweiz! Vive la Suisse libre! Eviva la Svizzera libera!

Ansprache von Nationalrat
Bernhard Hess (SD, Bern) anlässlich
der 1. August-Feier der Schweizer
Demokraten (SD) in Flums/SG

«Schweizervolk» vor dem Untergang?

Wenn wir das «Schweizervolk» als die in der Schweiz ansässigen Menschen oder bestenfalls als die «Bewohner unseres Landes mit einem Schweizerpass» definieren – dann sicher nicht. Dafür, dass die seit Jahrzehnten alarmierend tiefen Geburtenzahlen ausgeglichen werden, sorgt die ungebrochene Einwanderung aus aller Herren Länder und die immer grosszügiger gestaltete Einbürgerungspraxis (allerdings eine logische Folge der Einwanderung!)

Auf Dauerwachstum eingeschworene Wirtschaftskreise und Politiker (neuerdings zusammen mit dem Bundesgericht) sorgen für einen kontinuierlichen Prozess des Umbaus des Bevölkerungscharakters. Äusseres Zeichen dieses Prozesses sind die Namen der Schüler in den Agglomerationen und das zunehmend buntere Bild der Bevölkerung in den öffentlichen Verkehrsmitteln und auf den Strassen unserer Städte.

Wenn wir «das Schweizervolk» als die natürlichen Nachkommen jener Menschen bezeichnen, die unser Land in den letzten Jahrhunderten und bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts aufgebaut und politisch/kulturell gestaltet haben, dann ist dieses Volk nicht bloss vom Untergang bedroht, sondern steckt mitten im Prozess des Unterganges.

Wenn in diesen Tagen ein deutscher Kolumnist (für Deutschland – versteht sich!) für den Zeitraum von fünf Jahren die Einwanderung von fünf Millionen Asiaten fordert, mit deren Hilfe die Bevölkerungstücken aufgefüllt werden und die Tugenden Fleiss, Disziplin, Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit in Deutschland wieder implantiert werden sollen, können wir Schweizer feststellen, dass wir in der Entwicklung weit voraus sind. Selbst mit diesen fünf Millionen «Neudeutschen» käme der grosse Kanton auf weniger als 12% Ausländeranteil, während wir de facto die 20-Prozent-Marke längst überschritten haben. Die Hoffnung mit den erwähnten Tugenden könnte allerdings unseren nördlichen Nachbarn ganz schön in die Hosen gehen.

Nach unseren ausgedehnten Erfahrungen passen sich die meisten Einwanderer alsbald der Mentalität der einheimischen Wohlstandsbürger und parasitär lebenden Nutzniesser des Sozialstaates an und verpacken ihre ursprünglich



im Überlebenskampf erworbenen Tugenden ganz rasch in der Motte der Geschichte.

Was ist zu tun?

Mir scheint, die SD sollten ihre Anstrengungen auf drei Themen konzentrieren.

1. Die Wachstumsidiotie beim Namen nennen.

Gerade in der heutigen Situation ist immer wieder darauf hinzuweisen, dass ein demografisches und ökonomisches Dauerwachstum von selbstmörderischer Qualität ist. Die Lebensqualität in unserem übernutzten Land sinkt kontinuierlich; die Ausland-Abhängigkeit nimmt beängstigend zu und die sozialen Folgen der Enge werden immer ungemütlicher.

Der Appell an die verantwortlichen wirtschaftlichen und politischen Führungspersonlichkeiten, Auswege aus der selbstgebastelten Wachstumsfalle zu suchen, muss unüberhörbar werden.

2. Laut und vernehmlich die Verleugung der Bürgertugenden anprangern!

Sind wir als «Schweizervolk» dem Untergang geweiht?

Disziplin und Selbstverantwortung, Sparsamkeit und ökologisches Bewusstsein (gegen die Verschwendungssucht); Respekt vor Recht, Ordnung, dem Besitz der Mitbürger und der Gemeinschaft und den demokratischen Spielregeln; Achtung vor den Mitmenschen und der ganzen Schöpfung sind als erstrebenswertes Verhalten klar und eindeutig darzustellen und einzufordern.

Arbeit ist kein Zeitvertreib für Dummköpfe, sondern muss eine sinngebende Tätigkeit im Leben sein.

Der Drang zum schnellen Geld, die überzogenen Löhne ganzer Berufsgruppen, sinnlos hohe Honorare von gewissen Spezialisten (des Sportes, des show-business und der Wirtschaft) sind zu ächten.

3. Der Jugend ist Lebensziel und Lebenszweck zu vermitteln.

Wenn es die Kirchen nicht mehr wagen,

- das Ziel des Lebens im transzendenten Bereich zu formulieren,
 - den Zweck des Lebens als Aufgabe und Chance zur spirituellen Vervollkommnung der menschlichen Persönlichkeit den Jungen nahezubringen;
 - den materialistischen Atheismus als Volksverführung zu brandmarken,
- müssen dringend politische Kräfte in die Lücke springen.

Der grassierende Konsumismus, der geisttötende Aktivismus im Unterhaltungsbereich (Lärmkonzerte und Saufgelage usw.), Drogengebrauch und Selbstzerstörungen (Suizide in allen Ausprägungen) müssten längst alle Alarmglocken der Gesellschaft läuten lassen.

Die mangelnde Bereitschaft, das Leben weiterzugeben, Kindern in stabilen Verhältnissen die Möglichkeit zur Entwicklung zu gesunden, bindungsfähigen Wesen zu geben, ist zu einer existenziellen Bedrohung des eigenen Volkes geworden. Die Früchte eines gleichmacherischen Feminismus sind an der verbreiteten Ablehnung der edelsten Aufgabe der Frau, Kinder zu gebären, Mutter zu sein, überdeutlich zu sehen.

Geben wir Gegensteuer! Mutterschaft ist als ehrenvolle Aufgabe in der Gesellschaft hoch einzustufen. Kinder zu erziehen darf nicht länger ein Armutsrisiko sein! Formulieren wir eine auf die Würde des Menschen und die Sicherung des eigenen Volkes ausgerichtete Familienpolitik!

Mit solch zentralen Themen ist der Niederganges-Flut in der schweizerischen Politik entgegenzutreten. Wir müssen also gegen den Strom schwimmen!

Merken wir uns: Mit dem Strom schwimmen geht leicht, – aber stets abwärts! Das kann nicht das Ziel einer dem Wohl des Volkes verpflichteten Gemeinschaft – wie es die SD seit jeher war – sein.

Hans Spitz, Köniz

Der Versuch, unseren Wohlstand mit steter Erhöhung der Bevölkerungszahl durch entsprechend massive kulturfremde Einwanderung zu erhalten, wird irgendwann in der kleinflächigen Schweiz katastrophale Folgen zeitigen.

Schon die heutigen Kinder werden die Zeche dafür bezahlen müssen. Wir, von keiner Institution abhängigen Schweizer Demokraten haben diese Problematik im Gegensatz zu allen anderen Parteien schon lange erkannt und die undankbare Aufgabe als einsame Rufer in der Wüste übernommen.

Sind Sie gleicher Meinung? Wenn ja, dann unterstützen Sie doch unsere neue Volksinitiative:

«Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten».

Unterschriftenbögen bestellen bei:
Schweizer Demokraten (SD)
Postfach 1213
5101 Baden
E-Mail: sd-ds@bluewin.ch

Wie werde ich Asylant? Weltweite Tipps vom BFF

Auf dem weltweiten Netz gibt das Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) in einem unterhaltenden Computerspiel Tipps, wie man in der Schweiz Asyl erhält, wie man mit falschem Namen und ohne Papiere in der Schweiz als Flüchtling anerkannt werden kann, wie man sich bei der sanitärischen Untersuchung verhalten soll usw. «Schlüpfen Sie in die Haut eines Asylsuchenden und durchlaufen Sie alle Stufen des Asylverfahrens», fordert zu Beginn des Programms die Spielfeldassistentin auf der Website des BFF auf. Jeder Spieler kann sich eine Identität und Nationalität auswählen. Angolaner, Algerier, Kosovare, Türke oder Tamile. Das Spiel führt ihn dann auch durch das entsprechende Asylverfahren. Er erfährt, welche Fluchtgründe zum Erfolg führen, dass auch «ein straffälliger Asylsuchender in der Schweiz als Flüchtling anerkannt»

werden könne (was vor allem beruhigend auf Drogenhändler wirken dürfte), und viele weitere gute Ratschläge, wie man am einfachsten in das «gelobte Land» kommt. Die Website mit dem sinnigen Namen www.swiss-checkin.ch ist nach Angaben des Bundesamtes von aufklärerischer und pädagogischer Natur und soll interessierte Personen über das Asylverfahren in der Schweiz informieren.» Und bei swiss-checkin.ch boomt wegen dieses Spiels der Laden von [swiss-checkin](http://swiss-checkin.ch)-Willigen: Allein im Monat April wurde die Internetseite des BFF 240'000 mal (!) besucht. Was sich das Bundesamt mit seiner [swiss-checkin](http://swiss-checkin.ch)-Internetseite geleistet hat, ist ein Skandal erster Güte. Diese Bundesamt scheut sich nicht, mit Bundesgeldern den Zulauf von Asylantern zu fördern. Wir fragen: Frau Metzler, geht es noch? *Richard Haller, Reinach*

hin völlig egal. Schliesslich werden z.B. der Smuv und die SP als Bundesratspartei von Arbeitgeberseite mit erklecklichen Beiträgen unterstützt. «Wessen Brot ich esse, des-

sen Lied ich singe» gilt auch für unsere Champagner-Sozis und Kaviar-Linken – markiges antikapitalistisches Gepolter hin oder her!
Max P. Morf, Genf

Britische Lager für illegale Asylbewerber im Ausland!

Der britische Premier Tony Blair hatte die Halbierung der Asylbewerberzahlen bis September versprochen. Die Regierung greift, nachdem sie unter Zeitdruck geraten ist, zu drastischen Mitteln und will Lager einrichten, wie sie in Australien schon einige Zeit im Einsatz sind. Doch interessanterweise nicht im eigenen Land, sondern in Albanien, Russland oder Nordafrika. In diesen Lagern sollen die Asylbewerber zusammengezogen und solange untergebracht werden, bis über ihren Antrag endgültig entschieden ist. London will noch vor Jahresende mit einem Pilotprojekt loslegen. Schon haben einige andere EU-Staaten ihr Interesse bekundet, wie der britische Innenminister David Blunkett vor kurzem an einer Pressekonferenz bekannt gab. Bei einem der nächsten EU-Gipfel soll der Plan der

Engländer vorgestellt und analysiert werden. Nach der Erklärung von EU-Justizkommissar Antonio Vitorino ist klar, wenn diese Lager nicht gegen die Genfer Konvention verstossen, respektive damit übereinstimmen, kann man sich eine zügige Umsetzung, des britischen Vorschlages problemlos vorstellen. Es ist schon interessant, wenn im Ausland so eine Idee zur Sprache kommt, sind alle begeistert und interessiert. Aber in unserem Land ist so etwas im Moment unvorstellbar, denn da würden die Linken und Netten sofort einen Proteststurm veranstalten und es gäbe ein riesiges Theater. Das ist bei der heutigen Regierungszusammensetzung garantiert! Aber bei den Briten funktioniert es!

Peter Bühler, Stadtrat von Bern; Mitglieder der GL SD Schweiz

Das falsche Spiel der «Globalisierungsgegner»

In den Berichten über die Demonstrationen in Genf gegen den G8-Gipfel zu Evian vom 1. bis 3. Juni 2003 sprachen unsere manipulierten Massenmedien stets von «Globalisierungsgegnern». Diese Bezeichnung ist eine bewusste Irreführung der Öffentlichkeit, denn die Globalisierer und deren vermeintliche Widersacher stecken unter einer Decke, wie das französische Wochenblatt «Rivarol» vom 20. Juni 2003 treffend zu schildern wusste: «Die falschen Globalisierungsgegner haben endlich ihre Maske fallen lassen. Als eingefleischte Verfechter einer weltumfassenden Vereinigung von Mischlingen, der Auflösung der Rassen, Kulturen und Unterschiede sowie einer auf den kontrollierten Freihandel gestützten planetären Macht fordern sie in Tat und Wahrheit ein Programm, welches in allen Punkten demjenigen der vorherrschenden finanziellen und wirtschaftlichen Mächte entspricht. Zehn Tage vor dem Evian-Gipfel fanden sich unter schärfsten Sicherheitsmassnahmen in Versailles 200 der mächtigsten Männer der Welt zum jährlichen Treffen der Bilderberg-Gruppe ein, an welchem grundlegende Entscheide betreffend den Mittleren Osten und die wirtschaftliche Entwicklung in der Welt gefällt wurden, ohne dass dies die Aufmerksamkeit irgend eines Globali-

sierungsgegners erweckt hätte.» Die Bilderberger sind eine höchst einflussreiche, diskrete internationale Gruppierung von Wirtschaftskapitänen, Politikern, Pressezearen und Militärs, die abgeschirmt hinter verschlossenen Türen tagen und Beschlüsse von grösster Tragweite fassen. So genannt nach ihrer ersten Tagung im Hotel Bilderberg in Oosterbeek (NL) im Mai 1954 unter der Schirmherrschaft von Prinz Bernhard der Niederlande. Die so genannten «Globalisierungsgegner» oder «Altermondialistes», die in der Rhonestadt gegen den Kapitalismus und die multinationalen Konzerne wohl lautstark demonstrierten, spielten ihren vermeintlichen Gegnern direkt in die Hände, indem sie durch die Propagierung der Idee von einer Welt als ein grosses Dorf, in welchem sich jedermann bliebig wo niederlassen kann, indirekt den globalen Arbeitsmarkt fördern. Unseren Gewerkschaftsbonzen, die mit den Demonstranten sympathisierten, dauern das Gespenst des Fremdenhasses an die Wand malen und trotz steigender Arbeitslosigkeit die afro-asiatische Masseneinwanderung in unser Land befürworten, ist das Schicksal des einheimischen «Büezers», der kalten Arsches auf die Strasse gestellt und durch einen billigeren Exoten ersetzt wird, ohne-

Inserat (stark verkleinert)



Die Schweiz zuerst!

Helpen Sie uns, die Einwanderung zu stoppen

Wie wäre unsere kleine, durchschnittliche Schweiz wohl aus, wenn sie die Schweizer Demokraten (SD) nie gegeben hätte? Dank des unerschütterlichen SD-Einsatzes gegen die ungebremsete Einwanderung und den Asylmissbrauch haben nur 1,084 statt wohl weit über 2,30 Millionen Ausländer in unserem Land. Kein Land Europas hat so viele Ausländer wie die Schweiz (Stand April 2002: 1'450'790) Asylbewerber, Salomonens, Karzawentwischen, internationale Putschführer und zahllose Schwarzarbeiter sind dabei nicht inbegriffen! Als einzige Partei weltweit steht die SD richtig im Vordergrund und mit ihrer sofort vollzogen «Begrüßung der Einbürgerung aus Nicht-SD-Staaten» gegen die unerbittliche Entlastung der Überbevölkerung und Überforderung.

SD+ Liste 15 Schweizer Demokraten
www.sd-bnr.ch

1. Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten werden
2. Ich bestimme ... Untereinstufungen: Begrenzung der Einwanderung von Nicht-SD-Staaten
3. Ich unterstütze die Heiratsverbote "Schweizer Demokratie" - abgestimmt (Fr. 10.../Jahr)
4. Ich unterstütze nicht über die SD wissen. Senden Sie mir bitte Unterlagen.

Name: _____
Vorname: _____
Strasse: _____
Postleitzahl: _____
Telefon: _____
E-Mail: _____

Tanen übersenden an:
Schweizer Demokraten, Postfach 0112, 3001 Bern
Postleitzahl: 30-12716-0 Internet: www.sd-bn.ch

Pisa-Studie für die Katz?



Ueli Brasser,
Berufsschul-
lehrer, Zürich

«Sind unsere Schüler Trottel?» So titelte der Blick vor einiger Zeit die Ergebnisse der internationalen Studie «Pisa 2000», welche in 31 Ländern gleichzeitig durchgeführt wurde. In der Schweiz wurden rund 10'000 Schülerinnen und Schüler getestet. Das Resultat fiel mager aus: In der Rangfolge wurde die Schweiz beim «Lesen» als mittelmässig eingestuft und steht von den 31 Staaten an 17. Stelle, in der «Mathematik» stehen die Schweizerinnen und Schweizer sogar auf dem 21. Platz.

Weltweit wurden die Leistungen von 265'000 fünfzehnjährigen Schülern geprüft. Jetzt zeigen sich Lehrer und Bund alarmiert. Sie befürchten, dass rund zwanzig Prozent der Schulabgänger schlecht auf das Berufsleben vorbereitet sind. Dies hat vor allem mit dem schlechten Leseverständnis zu tun.

Der zurückgetretene Erziehungsdirektor Ernst Buschor erkennt im hohen Fremdsprachenanteil der Jugendlichen einen Grund. Und der Vizedirektor des Bundesamts für Statistik, Heinz Gilomen, sagt: «Die soziale Herkunft war bei den Tests entscheidend. Vor allem bei den Leseleistungen und den naturwissenschaftlichen Kompetenzen spielte die Bildung der Eltern und deren Beruf eine wesentliche Rolle».

Im Schuljahr 2001/02 wurden im Kanton Zürich 2765 fremdsprachige Sechstklässlerinnen und Sechstklässler gezählt. Gemessen am Gesamtbestand der 6. Primarklassen (11'773), sind dies 23,5 Prozent. Mit über 600 (bzw. 22%) stellen die albanisch sprechenden Kinder den grössten Anteil an der fremdsprachigen Schülerschaft, gefolgt von 480 Sechstklässlern mit südslawischer Muttersprache (17,4%). Vergleichsweise gering ist die Anzahl Kinder mit französischer bzw. englischer Muttersprache, nämlich lediglich 62 bzw. 52. Zwölf Gemeinden weisen überdurchschnittlich hohe Fremdsprachenanteile von mehr als 30 Prozent auf. In der Gemeinde Dietikon und im Schulkreis Zürich-Limmattal sind die deutsch sprechenden Kinder in der Minderheit. Auf Bezirksebene führt die Stadt Zürich mit einem Fremdsprachenanteil von annähernd 36 Prozent knapp vor dem Bezirk Dietikon die Rangliste an. Im Schuljahr 2001/02 beteiligten



Warum Deutsch lernen, wenn Ausländer bald Mehrheit sind?

sich 412 Bewerber für den Beruf des Elektromonteurs an der Eignungsprüfung, die vom Kantonalverband Zürcher Elektroinstallations-Firmen durchgeführt wird. Lediglich 76 Kandidaten erreichten eine genügende Note, d.h. mind. 60 Prozent richtige Antworten. Im laufenden Jahr werden ähnlich schlechte Resultate beobachtet.

Was ist nun faul an unseren Schulen? Glauben unsere Bildungsexperten tatsächlich, dieses Malaise könne mit früherer Einschulung behoben werden? Oder helfen da teilautonome Schulen und das überspannte Lehrerqualifikations-Wesen aus der Patsche?

Nein. Jedem normal belichteten Mitteleuropäer müsste doch klar sein, dass Wissensvermittlung und Lernen stark von der Beherrschung der gesprochenen und geschriebenen Sprache abhängt und dass sprachengemischte Klassen halt naturgemäss nicht dieselbe Lernleistung erbringen können wie Klassen, deren Schüler deutscher Muttersprache sind.

Die Lösung liegt auf der Hand. Es ist die sprachliche Integration in Sonderklassen, die so oft gefordert wurde und ebenso oft mit lächerlichen Argumenten abgewiesen wurde.

Lernen wir doch etwas aus der Pisa-Blamage. Oder war PISA für die Katz?



An FM herzlichen
Gruss und Dank.

R. Keller und H. Steffen

Anzeige

Das Testament

Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Immer wieder können wir lesen, dass verschiedene Organisationen und Stiftungen finanzielle Zuwendungen empfangen können, die aus dem Nachlass eines treuen Mitgliedes stammen.

Haben Sie auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Geschäftsleitungsmitglied Kurt Koller berät Sie gerne kostenlos:

Kurt Koller, Treuhandbüro
Meienbergstrasse 4
CH-9620 Lichtensteig
Telefon 071 988 50 88
Telefax 071 988 67 61

Nicht Neger, aber Indianer!

Da hat die SVP als Werbegag im Wahlkampf für den Nationalrat die Behauptung herausgelassen, die Schweizer würden immer mehr «die Neger» im eigenen Land. Sofort haben hierauf professionelle Antirassisten wie der Präsident der eidgenössischen Kommission gegen den Rassismus Prof. Georg Kreis behauptet, der Spruch sei rassistisch. Als wäre der Hinweis auf das Risiko, zu einer diskriminierten ethnischen Minderheit zu verkümmern, «rassistisch»! Allerdings ist der Vergleich dennoch daneben. Die Realität ist nämlich schlimmer! Den «Negern» geht es heute gar nicht so schlecht, namentlich wenn sie zum Beispiel in den USA, in Brasilien oder in Südafrika wohnen. Solchen in Liberia geht es zwar nicht so gut, aber das ist wieder eine andere Frage. Die Schweizer laufen auch kaum das

Risiko, wie einst Schwarzafrikaner gefangen genommen und als Sklaven nach Übersee verkauft zu werden.

Es gibt aber eine ethnische Minderheit, deren Schicksal auffallend demjenigen gleicht, das den Schweizern droht. Sie wurden nicht als Sklaven nach Übersee verkauft, sondern durch eine Masseneinwanderung als Eingeborene im eigenen Heimatland in Minderheit versetzt und schliesslich enteignet: die nordamerikanischen Indianer! Zwar droht uns Schweizern nicht gerade die Einschliessung in unfruchtbare Reservate, die nach ökonomischen Gesichtspunkten, zum Beispiel Fund von Bodenschätzen, beliebig verändert werden. Aber die Abdrängung in überbevölkerte Rückzugsgebiete und Gettos ist durchaus keine völlig realitätsfremde Vision (um das

Wort «Vision» auch einmal als wenig verheissungsvolle Zukunftsperspektive zu gebrauchen).

Jean-Jacques Hegg, Gemeinderat,
e. Nationalrat

Aufruf zur SD-Initiative

Wenn jedes Mitglied 20 Unterschriften sammelt (4 Bogen), so haben wir bereits einen schönen Teil der Unterschriften beisammen.

Ich meinerseits habe bereits 50 Unterschriften gesammelt. Also helfen Sie auch mit dabei. Es ist nötig!

Otto Vogt, Wetzikon

Wahlen 03: Für die Schweiz!



Rudolf Keller,
Landrat,
e. Nationalrat
und SD-Zen-
tralpräsident,
Frenkendorf

Frage BLUEWIN: Die Konjunktur in der Schweiz kommt nicht auf Touren. Und die Arbeitslosigkeit steigt weiter und zeigt keine Trendumkehr. Wo gilt es, die Hebel anzusetzen?

Antwort SD: Vorerst muss der Ausländerzuwachs aus Nicht-EU-Ländern gestoppt werden, wie dies die SD mit ihrer neuen Volksinitiative fordern. Vor allem der Familiennachzug bringt sehr viele nicht arbeitende Leute ins Land, die überhaupt nichts zu unserem gemeinsamen Wohlergehen beitragen. Im Gegenteil nehmen die ungedeckten Kosten im Bildungs-, Sicherheits- und Sozialbereich dadurch immer mehr zu. Die Mehrheit der Sozialhilfeempfänger sind Ausländer. Die Zeche bezahlen vor allem die Einheimischen. Ein Grossteil der schlechten Konjunkturlage ist damit durch die Ausländer- und Asylpolitik aller vier Regierungsparteien hausgemacht worden!

Umweltgerechtes Wirtschaften und umweltgerechte Techniken sind zielstrebig zu fördern. Sie haben sich nach den ökologischen Grenzen (Stichwort extrem heisser Sommer, extreme Klimaverschiebungen und deren Folgen, usw.) und der langfristig tragbaren Bevölkerungszahl zu richten. Der Globalisierung unserer Wirtschaft sind Grenzen zu setzen. Je kleinteiliger die Wirtschaft organisiert ist, desto besser kann sie die Bedürfnisse der Bevölkerung eines Landes oder einer Region zufrieden stellen.

Frage BLUEWIN: Ein Grossteil der Bevölkerung bangt um seine Rente. Welche Möglichkeiten zur Sanierung der Sozialwerke sehen Sie?

Antwort SD: Die Schweizer Demokraten (SD) sind der Meinung, dass alle Erträge aus den überschüssigen Goldreserven ohne Wenn und Aber in die AHV gehören. Sodann sind alle AHV/IV-Renten, welche ins Ausland bezahlt werden, der jeweiligen Kostenhaltung im Land anzupassen. Dadurch lassen sich sehr grosse Summen bei der AHV

und der IV einsparen. Denn es ist nicht einsichtig, wieso jemand die volle Rente in Schweizer Franken erhalten soll, wenn dies in seinem Empfängerland bedeutet, dass er dort zu den Superreichen gehört. Wenn man endlich diese soziale Ungerechtigkeit ausmerzt, dann schafft man auch mehr Gerechtigkeit gegenüber den einheimischen Rentnerinnen und Rentnern. Namhafte FDP-Mitglieder fordern das AHV-Rentalter 67 und die SVP hat gar an einem Parteitag (März 2000 in Altdorf) das Rentenalter 68 gefordert. Mit der Umsetzung obiger Forderungen sind solche unsozialen Übungen zu verhindern. Die SD stehen deshalb für die Beibehaltung des heutigen Rentenalters ohne Rentenkürzungen im Inland ein.

Frage BLUEWIN: Die Krankenkassen-Prämien steigen und steigen. Woran krankt das Gesundheitssystem und was verschreiben Sie dem «Patienten»?

Antwort SD: Die SD haben einige Vorschläge, wie und wo man sparen könnte bei der Krankenversicherung. Nachfolgend einige wenige Beispiele: Drogenabgabe nicht mehr auf Krankenkasse nehmen, Abtreibung nicht mehr auf Krankenkasse nehmen, Medikamente wie Xenical (Schlankmacherpille) oder Viagra nicht auf Krankenkassen nehmen usw. Dann sollte man auch die Krankenkassenpauschale für Asylbewerber heruntersetzen (dies hat den Nebeneffekt, dass unser Land für solche Leute weniger attraktiv wird). Zudem fordern die Schweizer Demokraten, dass mehr Generikas (günstigere Nachahmerprodukte) eingesetzt werden. Wir haben zu viele Ärzte, was die Gesundheitskosten hochtreibt: Vorschlag – Bevor jemand mit dem Medizinstudium beginnen kann, ist ein Sozialjahr in einem Spital zu absolvieren (Hilfsdienste zu bescheidener Entschädigung). Erst wer dieses Sozialjahr absolviert hat, kann zugelassen werden zum Studium. Dies hat den Vorteil, dass Ärzte durch eigenes Erleben erfahren haben und wissen, wie das mit der Pflege abläuft. Wenn man ein solches Sozialjahr dem Studium voranstellt, dürften einige das Studium gar nicht erst beginnen (kostensparend!). Die andern haben sich damit würdig gezeigt, in einem Medizinberuf wirken zu können.

Frage BLUEWIN: Der Bundeshaushalt ist massiv verschuldet.

Wo sehen Sie Sparpotenzial, welche Bereiche sind für Ihre Partei Tabu oder wohin sollten zusätzliche Gelder fliessen?

Antwort SD: Als erstes sind die milliardenschweren Kosten fürs Asylwesen zu halbieren (im ersten Halbjahr gibt's nur Auffanglager wie in England, Asylbewerber Entschädigungen massiv kürzen usw.). Dann wird unser Land auch in der sogenannten Entwicklungshilfe, wo man oft nicht weiss, in welchen Kanälen unser Steuergeld versumpft, kürzen müssen. Wohnbauförderung brauchen wir auch nicht. Für wen müssen wir diesen zusätzlichen Wohnraum schaffen? Für noch mehr Einwanderer – Nein danke!

Tabu gibt es für die Schweizer Demokraten nur bei den AHV-Ren-

ten, die erhalten bleiben müssen. Wenn irgendwohin zusätzliche Gelder fliessen müssten, dann wäre das in Massnahmen zur Durchsetzung von Sicherheit, Recht und Ordnung. Die Probleme in diesem Bereich sind vor allem eine Folgeerscheinung der massiven Einwanderung.

Frage BLUEWIN: In einem Satz: Weshalb sollen Herr und Frau Schweizer Vertreterinnen und Vertreter Ihrer Partei ins Parlament wählen?

Antwort SD: Weil die SD die einzige Partei sind, welche für den absoluten Vorrang der Einheimischen, für die Abschaffung des Maulkorbgesetzes und gegen die Verschleuderung des Schweizer Bürgerrechts kämpft.

Warum sind die Renten unsicher?

Bei der öffentlichen Diskussion über die Sicherung der AHV und der Renten überhaupt wird ein Tatbestand viel zu wenig beachtet: die Generation der heute Rentenberechtigten, die in den Fünfziger- und Sechzigerjahren Familien gründeten, hatte eine durchwegs normale Geburtenziffer, welche den Fortbestand des Volkes sicherte. Ihnen heute die Renten zu vergönnen, ist deshalb abwegig. Allerdings pflöpft sich auf diese Geburtenziffer der üblichen Art eine Masseneinwanderung auf, welche zu einer galoppierenden Bevölkerungsvermehrung führte. Erst ab etwa 1970 begann die Schweizer Geburtenziffer abzusinken und senkt sich weiter ab, und zwar sowohl die der eingeborenen Schweizer als auch die der assimilierten und zum Teil eingebürgerten Einwanderer. Es ist die jüngere Generation, welche auf Kinder verzichtet, sich Familienlasten erspart und damit ihre Altersversorgung selbst bedroht. Sie zu bedauern, hat sich deshalb in Grenzen zu halten.

Daraus ergeben sich zwei wichtige demografische Schlüsse: erstens ist es ein Blödsinn zu behaupten, wie es die Regierungsparteien jahrzehntelang getan haben, die Fremdarbeiter würden uns die Altersrenten sichern. Auch Einwanderer werden alt und müssen altersversorgt werden. Zweitens ist die nun ebenfalls Jahrzehnte lang

andauernde Politik einflussreicher Kreise der Schweiz, möglichst nur Arbeitskräfte einwandern zu lassen, den Familiennachzug aber möglichst klein zu halten, eine Politik, die in eine demografische Sackgasse führt.

Die Arbeitslosigkeit insbesondere auch bei der jüngeren Generation bildet hiezu ein gewisses Paradox. Dazu ist nur ein Kommentar möglich: geordnete Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt und in der Altersversorgung sind nur bei einer harmonischen Bevölkerungsentwicklung möglich, das heisst alle Generationen ungefähr gleich gross. Es gäbe Übrigens ein einfaches Mittel gegen die Arbeitslosigkeit: weniger Einwanderer.

Jean-Jacques Hegg,
Gemeinderat, e. Nationalrat





Kanton Basel-Stadt











Die Schweizer Demokraten steigen auch in Basel-Stadt ins Rennen um einen Nationalratsstz!

Die Schweiz zuerst!

Nur Schweizer Demokraten vertreten in den Parlamenten eine konsequente Politik zugunsten der Neutralität und Unabhängigkeit der Schweiz unter Wahrung der Vorteile der direkten Demokratie.

In den nächsten Jahren werden linke, grüne und gewisse bürgerliche Kreise erneut versuchen, die Schweiz dem EU-Diktat zu unterstellen! Die SD lehnen einen EU-, wie auch Nato-Beitritt und das Schengener-Abkommen, mit letztlich weniger Souveränitätsrechten für die Schweiz, entschieden ab. Wir wenden uns ebenso sehr gegen die permanente Einwanderung und den Asylanstrom aus aller Herren Länder, der zudem zu fast 100 Prozent aus blossen Wirtschaftsflüchtlingen besteht. Die Schweizer Demokraten stellen die Interessen der Schweiz, also der eigenen Heimat, allem andern voran. Die Arbeitslosigkeit stellt in der Schweiz übrigens nicht erst seit gestern ein grosses gesellschaftliches Problem dar. Deshalb lautet das Motto der Schweizer Demokraten bei diesen Wahlen auch präzise: «Die Schweiz zuerst!».

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
Aargau 	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach Aargau West Fricktal	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau Stammtisch jeden 2. Dienstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Sonne, Eiken
Baselland 	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
Basel Stadt 	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
Bern 	Stadt Bern Köniz Sektion Berner Oberland Sektion Oberaargau/ Mittelland/ Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr (ausser Juli/August) im Restaurant Brunnenhof, Landorfstr. 29, Köniz Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Schärmehof, von May-Strasse 43, Thun
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstr. 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion Wil und Umgebung Sektion St. Gallen	Informationsabend jeden 2. Montag im Monat um 20.00 Uhr im Restaurant Fass in Wil. Informationen: www.infowil.ch/sd-wil Stamm am 24. September, 19.30 Uhr, Restaurant Hirschen, St. Gallen, St. Fiden
Ob-/Nidwalden 	Sektion Unterwalden	Stammtisch jeden letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Saal des Restaurant Sternen in Ennetbürgen (NW)
Zürich 	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Sektion Limmattal Sektion Winterthur Stadt Zürich	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bahnhofplatz, 8340 Hinwil (Kegelbahn) Stammtisch jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, im Restaurant Nassacker in Schlieren Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss In jeder geraden Kalenderwoche ab 19 Uhr Höck im Restaurant Farbhof, Badenerstr. 753, 8048 Zürich (Endstation Tram Nr. 2)

Liste 9 der Schweizer Demokraten unverändert einlegen

Bei den NR-Wahlen treten in Basel weitere Parteien an, die auch vorgeben, patriotische Ziele zu verfolgen. Es ist nun wichtig, dass unsere Mitglieder und Sympathisanten auch tatsächlich die Liste 9 der Schweizer Demokraten einlegen. Es ist für unsere Partei wahlschädigend, wenn der Name eines oder zweier SD-Kandidaten auf eine andere (partei fremde) Liste geschrieben wird (panaschieren). Ein jeder SD-Kandidat bringt der Partei auch eine Listenstimme, d.h. insgesamt 5 Listen (bei 5 Kandidaten!). Diese sind wichtig bei der Mandatszuteilung. Erlaubt ist hin-

Fortsetzung Seite 9

Verwenden Sie diesen Kleber auf Ihrer Post!

"Das freie Wort" 36 Kleber (1 A4-Bogen) kosten Fr. 2.-. Mindestbetrag von Fr. 10.- einsenden an: SD Thurgau Postfach 656 8501 Frauenfeld



Fortsetzung von Seite 8

gegen (wenn es unbedingt sein muss!) einen oder höchstens zwei SD-Kandidaten auf Liste 9 zu streichen und hierfür eben gleich einen oder zwei andere Namen von Kandidaten derselben Liste ein zweites Mal auf den Stimmzettel aufzutieren (kumulieren). Dieses Vorgehen schwächt zumindest die Partei nicht. **Eine jede Stimme, die wir Schweizer Demokraten erhalten, geht meist einer andern Partei verloren! Deshalb SD-Liste ohne Änderungen einlegen. Besten Dank hierfür!**

Ständeratswahl: Entreissen wir der Linken den Sitz!

Da der bisherige Mandatsinhaber, der Sozialdemokrat Prof. Gian-Reto Plattner, bei dieser Wahl nicht mehr antritt, wird ein hartes Ringen um diesen einzigen Basler SR-Sitz entstehen. Die SP versucht mit der bisherigen Nationalrätin und früheren POCH-Aktivistin

Anita Fetz dieses Mandat wieder zu besetzen. Frau Fetz ist bekanntlicherweise – und dies wissen nicht nur wir – die schlechteste Wahl von den insgesamt sieben Kandidierenden!

Keine/r der Kandidatinnen und Kandidaten wird – wie abzuschätzen ist – im 1. Wahlgang das absolute Mehr (über 50 % der Stimmen) erzielen. Erst der zweite Wahlgang vom 16. November wird dann die Entscheidung bringen.

Geben Sie bitte unserem Parteipäsidenten und Grossrat Markus Borner die Stimme, denn ein Antreten im 2. Wahlgang wird von seinem guten Resultat in der ersten Runde abhängen. Wir Schweizer Demokraten müssen zusammenstehen und jetzt Vollgas geben!

Margrit Buser, Vizeprärs. SD-BS



Markus Borner

Verratene Heimat

(SD) Am Ende des Zweiten Weltkrieges schien es zunächst so, als würden die verantwortlichen Organe unseres Landes, vorab Bundes-, National- und Ständerat, eine den langfristigen Gesamtinteressen unseres Landes dienende, verfassungskonforme Wirtschaftspolitik in die Wege leiten. Leider hat sich dieser Eindruck als falsch herausgestellt, denn heute müssen wir feststellen, dass vorab die drei grossen Bundesratsparteien bzw. ihre Vertreter in den Bundesbehörden, welche die Wirtschaftspolitik unseres Landes nach dem Zweiten Weltkrieg letztlich bestimmt haben und dafür verantwortlich sind, total versagt haben. Die Einleitung zur Botschaft 5393 des Bundesrates betr. Abwehr der Überfremdung unseres Landes vom 8. März 1948 (Bundesblatt No. 12 vom 25. März 1948 S. 1293) hat folgenden Wortlaut:

*Herr Präsident!
Hochgeehrte Herren!*

«Das Bundesgesetz vom 26. März 1931 über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer dient vor allem der **Abwehr der Überfremdung unseres Landes und damit dem Schutze der schweizerischen Arbeitskräfte vor übermässiger Konkurrenz durch Ausländer**. Das Gesetz hat sich in den bald 15 Jahren seit Inkrafttreten im allgemeinen bewährt. Die Fremdenpolizeiorganisation in Kantonen und

Bund konnte zweckmässig ausgestaltet werden und im Interesse unseres Landes und seiner Bevölkerung nützlich arbeiten. Der Anteil der Ausländer an der gesamten Bevölkerung der Schweiz, der im Jahre 1910 rund 14,7% und im Jahre 1920 noch rund 10,5% betrug ist bis 1945 auf schätzungsweise 5% herabgesunken. Die seinerzeit in erschreckender Weise drohende Gefahr der Überfremdung darf damit im wesentlichen als gebannt betrachtet werden. Es gilt aber, weiterhin wachsam zu sein, besonders heute, wo die Schweiz wiederum eine ausserordentliche Anziehungskraft auf Ausländer ausübt. Dem ist bei einer Anpassung der gesetzlichen Bestimmungen an die heutigen Verhältnisse Rechnung zu tragen.» Soweit der Bundesrat am 8. März 1948.

Nur 105 Tage nachdem der Bundesrat der Bundesversammlung erklärt hatte, die seinerzeit in erschreckender Weise drohende Gefahr der Überfremdung dürfe im wesentlichen als gebannt betrachtet werden, schloss dieser gleiche Bundesrat am 22. Juni 1948 mit Italien ein **Massenrekutierungsabkommen für italienische Fremdarbeiter** ab! In dieser Vereinbarung hiess es u.a.:

«Diese Vereinbarung war dem Sinne nach hauptsächlich ein Rekrutierungsabkommen, welches das Verfahren für die Rekrutierung von

Arbeitskräften in Italien unter Mitwirkung italienischer Amtsstellen regelte und die Aushändigung der für die Ausreise notwendigen Papiere gewährleistete.»

Der Abschluss des Massenrekutierungsabkommens mit Italien war umso leichtfertiger, als der Bundesrat schon am 2. Juni 1924 in einer Botschaft betr. die bundesrechtliche Regelung von Aufenthalt und Niederlassung von Ausländern geschrieben hatte «Die Erfahrung hat gezeigt, dass es weitaus leichter sei, zwölf Ausländer nach zwölf Monaten wegzubringen». Die Ausrede, man habe gedacht, die Massenrekutierung italienischer Arbeitskräfte ab 1948 sei nur vorübergehend und könne wieder rückgängig gemacht werden, kann angesichts der gemachten Erfahrungen nicht überzeugen.

Wirtschaftspolitische Verrat des Bundesrates am 22. Juni 1948

1948 wies die Schweiz um die 4,5 Millionen Einwohner auf. Heute sind es, hauptsächlich durch verfassungswidrige Einwanderung und Einbürgerung, ca. 7,5 Millionen geworden, womit die Auslandsabhängigkeit der Schweiz das tragbare Mass massiv überschritten hat. Die am 22. Juni 1948 vom Bundesrat in die Wege geleitete massive Überbevölkerung der Schweiz kann bei Beachtung der kriegswirtschaftlichen Erfahrungen im Ersten und Zweiten Weltkrieg nicht anders als wirtschaftspolitische Landesverrat gewertet werden, weil die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes durch das Italienerabkommen des Bundesrates vom 22. Juni 1948 unkorrigierbar beeinträchtigt worden sind. Es ist zu beachten, dass der Zweck der verfassungsmässigen Bestimmung über Einwanderung in die Schweiz gemäss Akten darin bestand und besteht, den einheimischen Arbeitsmarkt im Interesse der einheimischen Bevölkerung durch Einwanderungserschwerung zu schützen. Dasselbe galt und gilt analog für die Gewährleistung eines ausreichenden Wohnungsangebotes und die Anlegung von Notvorräten für das Durchhalten in Ausnahmezeiten (Selbstversorgung, Rohstoffe, Energie, etc.). Am 6. Juni 1925, kurz vor der Abstimmung über einen neuen Verfassungsartikel betreffend die Begrenzung der Einwanderung in unser Land (Art. 69te vom 25. Oktober 1925), versicherte Bundesrat Häberlin (FDP) im Nationalrat und der Öffentlichkeit hoch und heilig, der neue Verfassungsartikel werde

diese allgemeinen Zielsetzungen im Interesse unseres rohstoffarmen Landes in den Augen behalten. Einzig die damaligen Republikaner trauten den Zusicherungen des freisinnigen Bundesrat Häberlin nicht und beschlossen deshalb die Nein-Parole. Nach dem Gebot von Treu und Glauben (Art. 5 neue BV) müssen die seinerzeitigen Zusicherungen von Bundesrat Häberlin aber auf alle Fälle respektiert werden, weil Volk und Ständen versichert worden war, der neue Artikel 69ter aBV /neu 121) sei eine Kompetenznorm zum Schutze von Arbeits- und Wohnungsmarkt, sowie der Unabhängigkeit und Freiheit (Art. 2 BV). Es gilt übrigens in der ganzen Welt, dass nur allgemein formulierte Verfassungsbestimmungen durch Beizug der Verfassungsmaterialien authentisch umgesetzt werden. Bundesrat Häberlin fürte dazu wörtlich aus:

«In einer Eingabe schweizerischer Republikaner wurde das Begehren gestellt, es solle ganz ausdrücklich im Verfassungsartikel darin gesagt sein, welche innern Verhältnisse für die Bundesorgane bei Gewährung und Entzug von Niederlassung und Aufenthalt des Ausländers massgebend sein müssen. Es soll nach dieser Eingabe erklärt werden, Niederlassung und Aufenthalt werde gewährt und entzogen insbesondere nach der Lage des Arbeitsmarktes, des Wohnungsmarktes und der Verproviantierung des Landes. Wir gehen damit durchaus einig, dass das stets massgebende Gesichtspunkte sein werden für die Handhabung der Fremdenpolizei, aber wir haben nicht die Meinung, dass es notwendig sei, diese Gesichtspunkte in einen Verfassungsartikel aufzunehmen. Das widerspricht aller Übung. Man darf wohl auch darauf vertrauen, dass vernünftige Grundsätze massgebend sein werden bei der Handhabung der Fremdenpolizei und dass es natürlich vor allem die Interessen des eigenen Landes sein werden, die den Ausschlag geben.» Ende Zitat.

Auf Grund des Ersten Weltkrieges hatte der damalige Bundesrat schon am 29. November 1921 festgestellt, dass die Aufnahmefähigkeit unseres Landes für Einwanderer erschöpft sei. Diese bundesrätliche Feststellung wurde seither immer wieder bestätigt (1924, 1925, 1930, 1969). Schliesslich hat auch die Kriegswirtschaft des Zweiten Weltkrieges bei fünf Mio. Einwohnern 1939 bis 1946 bestätigt, dass die Aufnahmefähigkeit der Schweiz für noch mehr Ein-

Fortsetzung Seite 10

Verratene Heimat

Fortsetzung von Seite 9

wohner in Ausnahmezeiten längstens überschritten wurde. Die leichtfertige Verschleuderung des Schweizerpasses verschärft die Erpressbarkeit wegen fehlender Selbstversorgung noch, weil alle Besitzer des Schweizerpasses jederzeit das Recht haben, in die Schweiz zu flüchten. Die Übernutzung der natürlichen Umwelt zufolge Überbevölkerung spricht neuerdings gegen die vom Bundesrat nach dem Zweiten Weltkrieg betriebene grössenwahnsinnige Bevölkerungspolitik. Am Ende des Zweiten Weltkrieges waren wir um die fünf Millionen Einwohner, heute sind es 7,5 Millionen. Hinzu kommt, dass ständig Kulturland vernichtet wird. Frau Prof. Dr. Heidi Schelbert (Uni ZH 1993) wertet die Übernutzung der natürlichen Umwelt zurecht als Dummheit.

Der Bundesrat manipuliert eine Referendumsniederlage

Am **6. Juni 1982** wurde den schweizerischen Stimmberechtigten ein revidiertes Ausländergesetz (ANAG) zur Abstimmung unterbreitet, weil wir mit rund 86'000 Unterschriften das Referendum ergriffen hatten. In den Abstimmungserläuterungen warben Bundesrat und Bundesversammlung vergeblich um die Zustimmung der Stimmberechtigten zum revidierten ANAG. In der Abstimmungsvorlage vom 6. Juni 1982 wurde behauptet, das revidierte ANAG verankere die bereits «bewährte Ausländer-Politik des Bundes». Gar nicht einverstanden mit

diesem Eigenlob des Bundesrates war der ehemalige Präsident der Nationalbank, Markus Lusser, in einem Interview mit der Basler Zeitung vom 25. April 1996. Er führte damals aus, «der grosse Fehler der Schweiz in der Vergangenheit sei es gewesen, dass zuviele unqualifizierte Fremdarbeiter ins Land geholt worden seien». Die Vorlage wurde denn auch am **6. Juni 1982** mit 690'268 NEIN gegen 680'404 JA abgelehnt. Wie die Verfassungsmaterialien zu Art. 69ter aBV (jetzt Art. 121 nBV) eindeutig beweisen, verlangt Art. 69ter BV vom 25. Oktober 1925 die Einwanderung zum Schutze der schweizerischen Arbeitsplätze zu erschweren. Die im ersten und zweiten Weltkrieg zunehmend aufgetretenen Mangelscheinungen (Arbeitslosigkeit, Wohnungsmarkt, Selbstversorgung, Energie, Rohstoffe) beweisen, dass wir uns im Hinblick auf die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes wirtschaftspolitisch schon viel zu weit auf die Äste hinaus gewagt haben. Der Bundesrat weigerte sich in der Folge, die Abstimmungsniederlage demokratisch anzuerkennen. Er versuchte, die ihm durch die Ablehnung des revidierten ANAG entgangenen Kompetenzen dennoch zu erhalten. Am **6. Oktober 1986** formulierte er eine Verordnung No.823.21 (BVO) mit der die ihm vom Schweizervolk verweigten Kompetenzen erteilt werden sollten (Bestimmung der schweizerischen Ausländerpolitik, Einwanderung, Einbürgerung, Aufnahme-fähigkeit, Überfremdungsgrad, usw.). Diese Art von Rechtsetzung einer unteren gegen eine obere Instanz ist null und nichtig.

Weiterführende Literatur:

Autor: Bachofner Hans R.; Titel: **Politik ohne Schminke**; Preis: Fr. 5.-; ISBN: 3-9520513-3-0; Verlagsbez.: Bachofner, H.; Seitenzahl: 32 Seiten, 21 x 14,9 cm

Autor: Bachofner Hans R.; Titel: **Verfassungstreue und Verfassungsbruch**; Untertitel: Dargestellt am Problem der Überfremdung und zum hundertjährigen Bestehen der Bundesverfassung von 1874; Preis: Fr. 40.-; ISBN: 3-9520513-0-6; Verlagsbez.: Bachofner, H.; Seitenzahl: 431 Seiten, 21 x 14,7 cm

Der Autor Hans R. Bachofner tritt die Hälfte des Erlöses der verkauften Bücher als Wahlkampfspende an die SD ab. Mit dem Kauf unterstützen Sie somit indirekt die Schweizer Demokraten.

Schicken Sie mir bitte

..... Exemplare des Buches:

Name: Vorname:

Strasse: Nr.:

PLZ: Ort:

Bitte einsenden an: Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116, 3001 Bern

Aufruf zum
Unterschriftensammeln

Unterschriften-Sammlung verläuft harzig

Die Unterschriftensammlung für unsere eidgenössische Volksinitiative «Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten» verläuft bisher leider sehr schwach. Ein Teil der Unterschriften kommt von Einzelpersonen, die einige wenige Unterschriften einschicken. Einige wenige Mitglieder und Sympathisanten haben auch bis zu hundert Unterschriften gesammelt. Diesen aktiven Einzelsammlern möchte ich ganz herzlich für ihren Einsatz für unsere Schweiz danken. Wo es allerdings sehr stark mangelt, ist die von den Sektionen konzentriert organisierte Sammeltätigkeit der Sektionen. Unseres Wissens sind bisher nur in den Kantonen Zürich, Bern und Unterwalden sowie den Sektionen Baden/Zurzach und Fricktal intensiv und regelmässig Unterschriftensammlungen durchgeführt worden.

Zu bemerken ist hier, dass die Sektionen Unterwalden und Fricktal erst vor kurzem gegründet worden sind. Diesen beiden Sektionen gebührt deshalb unser ganz spezieller Dank. Hoffentlich nehmen sich andere Sektionen diese beiden zum Vorbild.

Hier vorerst einmal die Anzahl gesammelter Unterschriften pro Kanton (Stand 31. August 2003):

AG	632		
BE	1294 (davon Stadt Bern allein 822)		
BL	332	BS	122
ZH	3194 (davon Stadt Zürich allein 1424)		
LU	311	NW	98
OW	21	SZ	44
SG	111	TG	91
AR	32	AI	11
SH	20	GR	22
SO	40	Westschweiz	72
Total:	6456 (+ weitere 2500 der «Berner»-Sammelequipe René Liechti).		

Das ist fast sechs Monat nach dem Start unserer Initiative weniger als wenig! Einige Sektionen haben uns zwar mitgeteilt, dass sie noch diverse weitere Unterschriften gesammelt, aber noch nicht eingeschickt hätten. Diese Unterschriften können wir natürlich erst dann berücksichtigen und zählen, wenn sie bei uns eingetroffen sind.

Boycott durch die Medien

Man könnte jetzt klagen, dass die Medien (Zeitungen, Fernsehen, Radio) unsere Initiative völlig boy-

kottieren. Beim Start der Initiative am 11. März 2003 wurden sämtliche Medien, d.h. die grossen Zeitungen, die Presseagenturen, das Schweizer Fernsehen und das Schweizer Radio mit einem Pressecommuniqué über den Start unserer Initiative orientiert. Erschienen ist nach unserem Wissen in den Tageszeitungen nur eine kleine Notiz in der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ). Ansonsten wurde unsere Initiative bisher absolut totgeschwiegen! Ob in einzelnen Lokalzeitungen etwas erschienen ist, wissen wir nicht. Während unsere Medien sonst über jede «Hundsverlochete» oder über jedes auch nur vermutete Skandalchen bis zum «Geht nicht mehr» orientieren, teils tage- und wochenlang, versucht man unsere Initiative offenbar dadurch zu bodigen, dass man sie totschweigt. Denn wir haben leider nicht das Geld der SVP, seitengrosse Inserate zu publizieren und an alle Haushaltungen in der Schweiz einen Unterschriftenbogen zu versenden.

Nicht nur Schuld der Medien

Die Schuld aber nur den Medien zu geben, wäre völlig falsch am Platz. Tatsache ist, dass wir nach dem Start unserer Initiative die April-Nummer unserer Zeitung «Schweizer Demokrat»/«Démocrate Suisse» an sämtliche uns bekannten Adressen (Mitglieder, Abonnenten, Sympathisanten, Gönner) geschickt haben. Das sind immerhin gegen 30'000 Adressaten. Der Zeitung war selbstverständlich ein Unterschriftenbogen beigelegt und ein Aufruf, den Bogen ganz oder auch nur teilweise ausgefüllt möglichst bald einzuschicken. Die meisten von diesen Adressaten sind zudem von diversen Sektionen mit einem Spezialversand persönlich angesprochen worden. Wenn jede dieser Personen nur vier Unterschriften eingeschickt hätte, wären die Unterschriften für diese Initiative innert eines Monats beisammen gewesen. Tatsache ist, dass schätzungsweise keine 1500 Unterschriften durch diese verschiedenen Versandaktionen zusammen gekommen sind.

Gross-Aktionen
zu den Nationalratswahlen

Während der Wahlkampagne für die kommenden National- und

Fortsetzung Seite 11

Die Mörder der Demokratie Schweiz!

Regierungsparteien, allen voran Sozialdemokraten, Gewerkschaften, FDP, CVP/CSP und natürlich auch Teile der SVP, schreien laut und unüberhörbar nach «Öffnung» – was auch immer dies heissen mag! Man hat der EU und ihren Arbeitern die Türen weit geöffnet, obwohl wir selber Hunderttausende von Arbeitslosen,

Ausgesteuerten und Sozialfällen haben!

Nun soll unser Land auch mit der EU-Osterweiterung Schritt halten und für diese Millionen geöffnet werden, obwohl das Volk klar gegen diesen Schritt und einen EU-Anschluss an der Urne war. Arbeiterheere armer Länder wie Rumänien, baltische Staaten und viele

andere Habenichtse sollten das Recht bekommen, in der Schweiz und natürlich im ganzen EU-Raum zu arbeiten und mit Anhang leben zu können...

Wir öffnen also für EU-Billigstarbeiter und Leute aus der ganzen Welt (angeblich Verfolgte) unsere Türen – koste es, was es wolle...

Was das für ein Hochlohnland bedeutet ist klar und belegt: Die mittellosen Einwanderer – gewöhnt an Löhne unter 200 Franken pro Monat – arbeiten hier für wenig Geld. Sie nehmen hier Stellen an, die mehr als schlecht bezahlt sind. Natürlich wird dies auch von gewissen Arbeitgebern ausgenützt. Einwanderer und ihre Familien schätzen hier die sozialen und medizinischen Errungenschaften des Hochlohnlandes Schweiz und die ganze, bestens funktionierende Infrastruktur. Heute schon sind wir ein Einwanderungsland mit ungezählten Volksgruppen, die alle ihre eigenen Wege gehen. Die Nation Schweiz aber kommt unter die Räder!

Die Mörder unserer sozialen Sicherheit!

Einwanderer kommen so in eine Schweiz, in der sie für einen kleinen Lohn eine Arbeit annehmen können. Einheimische, die auf einen kostendeckenden Lohn angewiesen wären, werden entlassen und beziehen Arbeitslosengeld. Aber auch die Billigarbeiter können kaum zaubern: Sie sind «Kunden» der Sozialämter und Hilfseinrichtungen. Gemeinden und Städte zahlen Milliarden an ihre Sozialämter, damit Gelder bereitgestellt werden können. Was für ein Unsinn, was für ein Leerlauf! Wir öffnen die Türen für EU-Einwanderer, die zur Freude von gewissen «Unternehmern» für wenig Geld hier arbeiten und gleichzeitig beim Sozialamt für Monat zusätzliche Hilfgelder kassieren. Wir betreiben also Einwanderung mittels Sozialämter! Ausländer können schlecht bezahlte Stellen annehmen, weil die Sozialämter mit unseren Steuerfranken draufzahlen. Die entlassenen, hochqualifizierten Schweizer Arbeitslosen beziehen Arbeitslosengelder von der Arbeitslosenkasse...

Was für ein Wahnsinn? Schlafen unsere Regierungsparteien nicht gewaltig? Wissen sie überhaupt noch, was sinnvoll wäre? Diese Art Öffnerei bringt handfeste Vorteile für Profiteure aus aller Welt und gewisse feine Unternehmer und Gewerbler...

Die Mörder meiner Heimat Schweiz!

Mit dieser unsinnigen Öffnerei aber erreichen die «feinen» Regierungsparteien ganz andere Ziele! Mit diesem Trick ergibt sich Jahr für Jahr – trotz unbefriedigender Wirtschaftslage eine konstante Einwanderung und eine Zunahme der Wohnbevölkerung um 40'000 bis 60'000 Personen!

Alle diese Leute brauchen Wohnraum, Strassen, Kleidung, Essen, Autos usw. Es wird also weiter gebaut, die Landpreise steigen, die Umsätze in fast allen Bereichen (Grossverteiler) wachsen. Genau das wollen unsere Regierungsparteien...

Aber, unser Land ist klein! Unser Land ist begrenzt! Unser Land ist dicht überbevölkert, und so kostet alles täglich mehr, obwohl wir kaum steigende Löhne oder andere, steigende Kosten haben. Alleine die Nachfrage nach Boden oder Wohnraum schraubt die Preise hoch. Aber auch steigende Ansprüche z.B. der Abwasserreinigung (bei gleicher Fläche immer mehr belastende Menschen), der Luftreinhaltung, der Reduzierung des Lärmes und so weiter machen unser Land immer teurer!

Wir helfen also Billigstarbeitern in die Schweiz zu kommen und hier Arbeit zu finden, während Einheimische seit langem arbeitslos sind. Die miserablen Löhne werden mit sozialen Beihilfen geschönt, die natürlich steuerfrei sind.

Die Mörder der Wirtschaft Schweiz!

Herstellungspreise, die vor zehn Jahren sichere Erträge garantieren, sind heute wegen der Einwanderung (Nachfragesteigerung) zu teuer. Immer mehr Produzenten denken an Auslagerungen z.B. nach China, wo Monatslöhne von guten Arbeitern kaum 50 Franken betragen. Aber schon in Rumänien sind Mechanikerlöhne von 300 Franken im Monat Spitzenlöhne. Unsere Regierungsparteien sorgen dank konstanter Einwanderung im Ausländer- und Asylbereiche und natürlich dank der gewaltigen Missbräuche für ein konstantes Wachstum. Dass damit in einem beschränkten Lebensraum auch alles andere Jahr für Jahr teurer wird und so immer mehr Betriebe und Produktionszweige ins billigere Ausland ausgelagert werden müssen, scheint kaum zu interes-

Fortsetzung von Seite 10.

Ständeratswahlen müssen allen, denen der Weiterbestand der Eidgenossenschaft am Herzen liegt, mit letztem Einsatz Unterschriften sammeln gehen. Sicher wird jede Kantonssektion, die an den Wahlen teilnimmt, an Wahlkampfständen Werbung für die SD-Listen machen.

Die allerbeste Werbung ist unsere Initiative; diese müssen wir bei der Werbung für unsere Listen in den Vordergrund stellen.

Es nützt wenig, an diesen Wahlkampfständen einfach unser Werbematerial zu verteilen. Nach meiner Meinung soll man die Passanten zuerst zum Unterschreiben unserer Initiative auffordern, und denjenigen, welche unterschreiben, kann man Werbematerial abgeben. Denn Leute, die am Stand vorbeilaufen und die Initiative nicht unterschreiben wollen, werden sicher auch nicht unsere Liste einlegen. Alle Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten, welche bei diesen Stand- und Sammelaktionen mitmachen wollen, möchten sich bitte bei ihren Kantonal- oder Sektionspräsidenten oder bei D. Najman, Tel.-, Fax-Nr. 056 222 68 72 (vom 24. September bis 5. Oktober abwesend), melden.

Ausserdem findet vom 9. bis 19. Oktober die OLMA in St. Gallen statt. Die Sektion St. Gallen organisiert eine gross angelegte Sammelaktion. Alle, die dort bei der Unterschriftensammlung mitmachen möchten, melden sich bei Roland Uhler, Tel.: 071 278 06 72 oder Natel 079 639 06 07. Übrigens, Roland Uhler nimmt, wie immer während einer Unterschriftensammlung, während der OLMA Ferien, um sich voll der Unterschriftensammlung zu widmen. Unterstützen wir ihn und seine Sektion dabei!

Unser Ziel muss sein, bei den Standaktionen bis zu den Nationalratswahlen 30'000 bis 40'000 Unterschriften zu sammeln. Daneben kann man selbstverständlich auch von Tür zu Tür sammeln gehen. Falls Sie unsere Initiative noch nicht unterschrieben haben, unterschreiben Sie den beiliegenden Unterschriftenbogen und schicken ihn sofort an: Schweizer Demokraten, Postfach 1213, 5401 Baden.

D. Najman, SD-Grossrat, Baden

Meine Bitte an ALLE: Geht sammeln, sammeln, sammeln; sehr bald ist es nämlich fünf vor zwölf!



Immer mehr Schiffe mit illegalen Einwanderern (Bild) landen an der italienischen Südküste. Dort werden sie aufgenommen, versorgt – und nach Norden weitergeleitet. Ein Grossteil schafft den Sprung in die Schweiz. Ganz anders verfährt Australien: Seine Küstenwache drängt derartige Schiffe konsequent ab.

Fortsetzung Seite 12

Fortsetzung von Seite 11:

sieren. Immer mehr wertvolle und nicht zu ersetzende Arbeitsplätze sind so für unser Land definitiv verloren, ihre Wertschöpfung wird auf Null reduziert. Ist das nicht eine Tragödie?

Unser Land bekommt so immer mehr Nutzniesser von sozialen Leistungen, die selber kaum etwas zum Wohlstand unseres Landes beitragen... (zahlen keine Steuern)

Produzenten, die noch vor zehn Jahren kostendeckend und gewinnbringend im Lande produzierten, müssen immer dringender nach einer Produktion im Billigland Ausschau halten – so eine Tragödie!

Die Mörder des Sozialstaates Schweiz!

Wir haben heute in vielen Spitälern 50% und mehr Patienten, die aus dem Ausland stammen, obwohl wir offiziell gemäss CVP-Bundesrätin Metzler einen Ausländerbestand von 20% haben. Wie kommt das? Ganz einfach, es gibt viele, die kommen in unser Land, wissend, dass sie keine Aufnahmerechte geltend machen können. Doch sie nutzen die Zeit der Asyl-Abklärungen und oftmals auf mehrere Jahre erstreckten Verfahren und Rekurse, um sich medizinisch zu versorgen und allfällige Operationen hier ausführen zu lassen. Bekanntlich ist auch für jeden Asylanten eine Krankenkasse obligatorisch – und die Krankenkassen müssen alle Leute aufnehmen, obwohl sie damit offensichtlich Millionen verlieren und immer teurer und bald unerschwinglich werden.

Wir haben also Hunderftausende von Arbeitslosen, von Sozialfällen und von Asylbewerbern, die während Jahren von kostenintensiven Verfahren zu Verfahren geschleift werden. Unsere Hilfsorganisationen haben für die Unterstützung dieser Nutzniesser ganze Apparate und Institutionen eingerichtet. Hunderte von Angestellten, Betreuern, Beratern und Juristen arbeiten dank unserer Steuergelder für das Rotieren dieser fragwürdigen Einrichtungen; Hilfe vorort (in den Ländern) wäre effizienter, billiger und tausendmal gerechter.

Was ist das für eine Politik, liebe Regierungsparteien? Was ist das für eine Wirtschaftspolitik? Wo sind bei dieser Wirtschaft die seriösen Grundsätze und fairen Möglichkeiten für alle? Wozu brauchen wir immer mehr ungelernete Hilfskräfte aus aller Welt? Wozu brauchen wir ein konstantes, kontraproduktives Wachstum? Vielleicht, um eine viel zu grosse Bauwirtschaft am Leben zu erhalten?

Warum können unsere Bundesräte nicht erkennen, dass so nur noch alles teurer wird in einem begrenzten Lebensraume und täglich wertvollere Arbeitsplätze ausgelagert werden müssen?

Wozu also der ganze Leerlauf? Wozu dieser totale Unsinn? Wozu diese mörderische Selbsttäuschung eines ganzen Volkes? Wozu, liebe Regierende und liebe Medien? Wozu? Soll so unser Land vernichtet werden? Wer sind die Mörder meiner Heimat und wissen sie überhaupt, was sie tun?

*Willy Schmidhauser, Präsident
SD Thurgau, Dettighofen*

SD: Eine Partei mit Vergangenheit und Zukunft

*Roland Uhler,
Gemeinderat,
St. Gallen*

Da in den Medien selten etwas über die Schweizer Demokraten zu vernehmen ist, sind wir bei der jüngeren Generation sicher weniger bekannt als bei den älteren Schweizern. Diese kennen uns noch unter unserem früheren Namen «Nationale Aktion für Volk und Heimat» (NA) und auch unser erster Natio-

nalrat, James Schwarzenbach, ist ihnen bestimmt in guter Erinnerung. Mit diesen beiden Namen verbinden sich die Anliegen, für die wir uns damals einsetzten und es heute noch genau gleich tun. Womit auch gesagt ist, dass unsere Partei nicht nach dem Wind politisiert, sondern gradlinig und konsequent nur unserer Heimat verpflichtet ist. Wenn wir so frei und unabhängig unsere Politik vertreten können, ist dies dem Umstand zu verdanken, dass wir weder mit einer Interessengruppierung noch sonst mit einer Lobby verflochten sind. Andererseits haben wir dadurch keine Sponsoren und somit wenig Geld zur Verfügung für Wer-

bung und Propagandaschriften. Doch setzen wir auf die Bevölkerungsschichten, die sich einer heimatbezogenen und freien Partei anschliessen möchten.

Einige genaue Angaben sollten noch folgen. Unsere Partei wurde 1961 gegründet, das erste Parteiprogramm lautete: «Verschärfung der Bestimmungen über Lärmbekämpfung, Gewässerschutz und Luftverunreinigung. Die Überfremdung als Ursache riesiger Überbauungen lässt ganze Landschaften verschwinden.» In der Folge hat unsere Partei verschiedene Initiativen in dieser Richtung eingereicht, später auch betr. rasantem Anstieg von Asylanten, doch Bund und alle Bundesratsparteien haben diese jeweils abgelehnt, das Volk oft nur knapp. Ebenso haben die Schweizer Demokraten das Antirassismus-Gesetz und die neue Bundesverfassung bekämpft, welche vom Bund und allen Bundesratsparteien befürwortet wurden! Hingegen ist

der freie Bundesfeiertag unserer Initiative zu verdanken, die vom Volk mit der überwältigenden Mehrheit von 83,8 Prozent angenommen wurde.

Wir haben auch verschiedene Referenden zur Abstimmung bringen können: gegen schweizerische Blauhelmtuppen, gegen die Lockerung der Lex Friedrich (auch angenommen), gegen die bilateralen Verträge (haupts. wegen der freien Einwanderung und vermehrtem Schwerverkehr durch die Schweiz). Neu läuft jetzt unsere Initiative «Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Ländern». Unserer Ansicht nach ist es nicht mehr tolerierbar, wie unser kleines, übervölkertes Land tagtäglich Einwanderer aus aller Welt aufnehmen soll, mit allen Folgen, die sich daraus ergeben.

Wir Schweizer Demokraten kämpfen seit über vierzig Jahren für eine lebenswerte Heimat für uns und unsere Nachkommen.

Buchecke: Udo Ulfkotte**Der Krieg in unseren Städten**

Im März dieses Jahres erschien im Eichborn-Verlag Frankfurt am Main ein Buch, welches nicht nur in Deutschland Beachtung findet. Es gibt Antwort auf die Frage: «Wie unterwandern radikale Islamisten Deutschland und wer sind die Drahtzieher und Hintermänner der Islamisten-Szene.»

(shf) Offensichtlich tarnen sich gewaltbereite Islamisten als friedliche Muslime und verbergen sich in islamischen Vereinigungen. Ihr Einfluss reicht bis in die hintersten Winkel der deutschen Gesellschaft. Während die Repräsentanten des offiziellen Islam von der Öffentlichkeit für ihre Toleranz und den Dialog mit den Religionen gewürdigt werden, rüstet eine kleine Minderheit zum Angriff auf den demokratischen Rechtsstaat.

Udo Ulfkotte hat sie gesucht und gefunden, jene gut getarnte, gewaltbereite Armee im Untergrund. Er nennt Namen von Personen, Familien und Organisationen, durchleuchtet Verflechtungen und Verbindungen, analysiert Ziele und Absichten. Es bleibt zu hoffen, dass Behörden, Politiker und jene Stellen in unserem Land, die sich mit Sicherheit und Terrorbekämpfung befassen, dieses Buch in die Hand bekommen.

Wie weit sich die Tatsachen aus dem deutschen Sicherheitsbereich auf die Schweiz übertragen lassen, müsste genau geklärt werden. Ei-

nes jedenfalls steht fest: Auch in unserem Land gibt es unter den 300'000 Muslimen verschiedene Gruppen, die gewaltbereit sind, wohl aber noch als «Schläfer» bezeichnet werden können.

Anleitung zur militärischen Ausbildung

Udo Ulfkotte zitiert in seinem Buch aus einer Internetseite, welche erklärt, wo und wie man in der westlichen Welt zu einer militärischen Ausbildung für den «Dschihad – den Heiligen Krieg» kommen kann. (Seiten 106–107)

Kommentar

Diese Texte haben eine gewisse Ähnlichkeit mit jenen aus dem vergriffenen «Soldatenbuch» des ehemaligen EMD, welche als Anleitung gedacht waren und umschrieben, wie sich Schweizer in einem vom Feinde besetzten Lande verhalten sollten.

Der Verfasser entwirft das Szenario eines Krieges in den deutschen Städten. Dieser Krieg könne nur durch eine schicksalhafte Entscheidung verhindert werden, nämlich indem der Staat der inneren Sicherheit den Vorrang vor der oft missbrauchten individuellen Freiheit der Zugewanderten gewährt.

(Udo Ulfkotte, «Der Krieg in unseren Städten»; Eichborn AG, Frankfurt a. Main, März 2003; ISBN 3-8218-3978-3)



A tous les bernois et vaudois

Le 19 octobre, on dira: La Suisse d'abord!



Bernhard Hess, député au Conseil national, DS, Berne

Chers concitoyens

Avez-vous aussi été touchés par un tel sentiment? En retrouvant récemment un peu de temps pour faire une randonnée dans l'Oberland bernois, je fus comblé de bonheur et de fierté et me fis la remarque que notre patrie est vraiment d'une beauté unique en son genre! Par leur labeur et leur esprit d'initiative, les générations antérieures ont créé une communauté exceptionnelle.

Par contre, que font les fesse-mathieux de nos partis politiques? Des bandes de jeunes terrorisent des personnes sans défense. Le

quota d'immigration augmente sans cesse. Des chefs d'entreprises escrocs s'emparent des paiements des contribuables. Notre AVS n'est plus sûre. La Suisse doit être liée aux organisations internationales. L'ONU n'a été qu'un début, mais l'entrée dans l'UE et l'OTAN suivra, bien entendu.

En constatant cette évolution calamiteuse, je sais donc qu'au Conseil national la forte et indépendante présence des Démocrates Suisses s'avère de plus en plus nécessaire. Nous n'avons pas besoin de prestidigitateurs corrompus dans la campagne électorale! Je vous assure que l'engagement sans condition des Démocrates Suisses après les élections ne vise que la prospérité de la Suisse. – Pour cela, le 19 octobre nous aurons besoin de votre voix.

Pour l'amour de la Suisse, déposez sans modification la liste DS 15 ou la liste jeune DS 16 (Berne) ou la liste DS 8 (Vaud) dans l'urne.

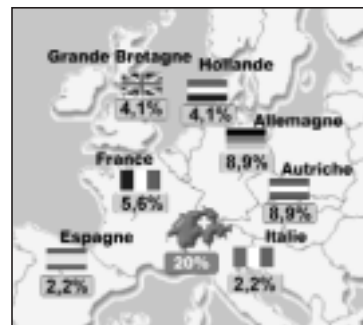
Aidez-nous à stopper l'immigration!

A quoi ressemblerait la petite Suisse surpeuplée si les Démocrates Suisses (DS) n'avaient jamais existé?

Grâce à son engagement inébranlable contre une immigration effrénée et un flot de requérants d'asile, le nombre d'étrangers résidant dans notre pays se limite à 1,456 au lieu de 2 millions.

Proportion d'étrangers dans les pays européens

Aucun pays d'Europe n'héberge autant d'étrangers que la Suisse. En avril 2002, 1'456'780 requérants d'asile, saisonniers, et aventuriers pour séjour indéterminé plus ou moins long résidaient dans notre pays. Les fonctionnaires internationaux et les soit-disant réfugiés au noir ne sont pas compris dans ce chiffre. Avec son initiative «Limitation de l'immigration en provenance d'Etats non membres de l'UE», le parti des Démocrates Suisses est le seul à lutter



courageusement au parlement contre l'évolution calamiteuse d'un envahissement allogène et la surpopulation.

Le 19 octobre 2003 allez aux urnes, afin d'exprimer la volonté de tout le peuple avant que ses dirigeants le lui interdisent! Déposez sans modification la liste 15 «Démocrates Suisses» ou la liste 16 «Jeunes Démocrates Suisses» (Berne) ou la liste DS 8 au canton de Vaud.

Les Démocrates Suisses, fidèles à la patrie, sont aux côtés du peuple

Qui récolte activement les signatures pour l'initiative «Limitation de l'immigration en provenance d'Etats non membre de l'UE»?

Qui lutte contre l'adhésion à l'ONU, ses effets fatals à notre neutralité, les engagements néfastes de l'armée suisse à l'étranger et contre le dédain des maîtres de la globalisation?

Qui refuse résolument l'adhésion à l'UE et qui a mené en solo le référendum contre les accords bilatéraux, puis soutenu le nouveau référendum pour empêcher l'extension du libre passage des personnes des pays est-européens nouveaux membres de l'UE?

Qui veut menotter les pilleurs chefs d'entreprises et stopper le capitalisme vampirique?

Qui veut contrecarrer la dégradation de nos caisses AVS et de pension projetée arbitrairement par nos politiciens pour empêcher ceux-ci de plonger tout un peuple dans la misère?

Gare au piège UDC! Dans le canton de Berne tout particulièrement, l'UDC s'est distinguée par son attitude inadmissible. Dans l'année 2000, ils ont lutté ouvertement contre l'initiative «Limitation de l'immigration (Initiative 18%)». En 2001, ils se sont prononcés pour l'engagement de notre armée à l'étranger. En 2002, ils se sont encore engagés pour l'adhésion de la Suisse à l'ONU?

Les DS agissent – les autres parlent seulement!

Texte en claire pour la Suisse



Patriotique

- Limitation de l'immigration
- Stopper l'abus en droit d'asile; expulser immédiatement les requérants d'asile criminels
- Pas d'adhésion à l'UE
- Lutte contre la globalisation et le capitalisme vampirique
- Pas d'extension au libre passage des personnes des pays est-européens nouveaux membres de l'UE
- Aucune naturalisation d'office ou facilitée, ni droit de recours en justice
- Protection de l'environnement et de notre patrimoine, pas d'abrogation de la «Lex Friedrich» (Limitation de vente de biens fonciers aux étrangers)

Social

- Maintien des places d'emploi et priorité pour les Suisses
- Salaires assurant l'existence de nos citoyens
- Lutte contre les revenus excessifs des chefs d'entreprises sans scrupule
- Assurance illimitée de nos rentes sans hausse d'âge de mise à la retraite
- Cotisations raisonnables des caisses de maladie et allocations familiales modérées
- Maintien du niveau des rentes et prévoyance professionnelle
- Maintien de la petite et moyenne paysannerie et de l'artisanat

Démocrates Suisses



Subversien culturelle

Cela commença en Allemagne où Josselson anti-communiste américain revint après la guerre sous le drapeau de l'oncle Sam pour liquider certains artistes, comme le chef d'orchestre Furtwängler ou en innocent d'autres, comme Elisabeth Schwarzkopf.

Mais la première raison était de savoir quelle implication donner aux artistes dans la politique de leur temps et dans quelle mesure ils devaient le faire sans qu'ils s'en rendent compte. Pour arriver à un résultat, il fallait mettre au point une organisation officieuse, ce que Josselson et son comparse soviétique Nabokov mirent au point tant en URSS qu'aux USA. Ils se basèrent sur le processus de dénazification

institué en Allemagne où il était interdit de jouer du Wagner parce que sa musique était nationaliste (sous entendu pro nazi). William Donovan, directeur des services secrets américains avait eu cette phrase célèbre: «J'embaucherais Staline si cela nous aidait à battre Hitler.»

Pour Arthur Miller, ces changements brutaux de soutien à l'une ou l'autre partie en leur collant des étiquettes du bien ou du mal au gré des intérêts politiques, c'était flétrir la notion même d'un monde soit-disant moral. On voit que cette notion de bien et de mal invoquée par l'actuel George W. Bush, ne date pas de son mandat. Les Soviétiques eux-mêmes se rendant

compte de ces manigances culturelles, ne restèrent pas on arrière, car ils étaient et sont passés maîtres dans l'utilisation de la culture comme outil de persuasion politique en l'instituant comme paradigme dans le contexte de la guerre froide de l'époque.

En somme, pour «remporter la bataille surtout sur l'esprit des hommes» les USA et l'URSS redoublèrent d'efforts pour trouver le meilleur moyen de domination et il était naturel de penser au canal culturel. De la part des Américains mal cotés et qualifiés de racistes et de négriers, leur première réalisation fut la création d'un bureau européen pour la subversion par la culture. Le premier essai consista à envoyer en Europe la troupe de Porgy and Bess, cet opéra black qui fit sensation. Les Soviétiques ripostèrent en organi-

sant de superbes soirées à l'opéra d'Etat Admiralpalast tout tapissé de velours rouge une soirée d'ouverture avec Orphée de Gluck. Suivirent Rigoletto, version antifasciste et Eugène Oniguine. Vis-à-vis de la culture les Américains étaient perçus comme un désert culturel, une nation de philistins mâcheurs de chewing-gum, et conducteurs de Chevrolet. Dupont de Nemours et autres firmes commerciales contribuèrent à retourner ce stéréotype négatif.

Mary Meissner

Le Piloni

Ce que Giscard d'Estaing n'a pas compris

Que les grands pays insistent et acceptent la formule proposée par M. Giscard d'Estaing concernant l'Europe agrandie, c'est normal de la part de ceux qui se veulent les plus forts, puisque d'entrée, ils déniaient aux autres partenaires le droit de veto.

L'exemple vient surtout de la Pologne qui a souligné avec chaleur que «rien ni personne ne peut limiter notre droit de défendre nos idées» sous entendu avoir le droit de veto dans «cette conférence des Etats où la souveraineté polonaise doit être respectée». Je pense que la Suisse aurait réagi de même, et c'est une chance pour notre pays d'être resté circonspect jusqu'à ce que cette Union trouve un équilibre de démocratie pour tous.

Giscard aurait dû savoir que la Pologne n'allait pas passer d'une tutelle moscovite soviétique dont elle est enfin débarrassée, à une autre tutelle, même si elle s'appelle Bruxelles. De plus, les pays qui s'efforcent d'appliquer les consignes de Maastricht concernant le déficit du PIB à 3%, n'ont pas l'intention d'obéir aux grands pays qui bafouent ces règles comme la France et l'Allemagne, tout en voulant rester les décideurs. Quelle gabegie et quelle arrogance!

Autre incongruité bruxelloise

Nous avons souligné les dangers inhérents à l'entrée de la Turquie

dans l'Union européenne, perspective soutenue par l'Allemagne, alors que la mentalité de ces gens acceptent du tuer leurs propres filles si elles désirent s'émanciper, nous devons y ajouter la porte ouverte aux trafiquants de drogue. La police suisse a réussi à démanteler un réseau de 19 trafiquants turcs qui avaient déversé sur les marchés de Zurich et de Genève plus de 29 kilos d'héroïne provenant de Turquie. Elle avait déjà saisi 14 kg plus 19 kg d'une valeur de fr. 100'000. Ah! L'UE. serait vraiment en mauvaise posture et sa réputation serait vite faite surtout que les Etats Unis la traite de «vieille», elle ajouterait avec plaisir «droguée.»

Naturalisations par le peuple

Je pense que notre parti et l'UDC qui va lancer une initiative ou un référendum ont raison de vouloir que les naturalisations soient décidées par le peuple. En effet, pour naturaliser un étranger, cela ne suffit pas de se baser sur des règlements administratifs, alors que recevoir la nationalité suisse implique plus que la seule signature de registres. On doit prendre en considération l'amour du pays, de ses mœurs et de ses voisins. Or il n'y a que les voisins qui sentent et savent si un tel serait une bonne recrue et un bon suisse. Cela évitera aussi que nous ne soyons plus qu'une nation de Suisses de papier.

Question d'éthique

Le livre de mathématiques illustré par Barrigue a été refusé par l'instruction publique de Vaud et de Genève, alors que les autres can-

tons l'ont accepté sans commentaires. Ce qui prouve que le Röstigraben n'existe pas seulement entre les cantons suisses alémaniques et romands. Cette frontière de compréhension peut s'établir n'importe où et à n'importe quelle occasion. En ce qui me concerne, j'approuve pleinement l'attitude des Genevois et vaudois, car illustrer un livre de maths, une discipline sérieuse, avec des caricatures telles qu'un bras d'honneur, fait au prof qui éructe, par des élèves hurlant, c'est conforter ces garnements mal élevés dans leur violence et leur révolte. Bravo donc à ces deux cantons où les parents seront d'accord de verser un petit quelque chose pour une réimpression correcte.

Le patriotisme revient

Des jeunes se raidissent contre l'intégration forcée. Les groupements patriotiques voient leurs rangs augmenter à la suite des attaques par des jeunes étrangers dont ils sont les victimes, sans compter quelques assassinats expliqués par les bien-pensants comme des rixes qui ont mal tourné. Les victimes et leurs amis et parents ont peur de voir augmenter des situations conflictuelles dues à la drogue, aux stupéfiants, à l'assiduité vis-à-vis des filles et à la violence. Beaucoup de jeunes prévoient que la part des étrangers va encore s'accroître ces prochaines années, donc l'insécurité et le racisme aussi. Quelques enfants ont été interrogés par des journalistes à la suite de rackets sur ce qu'ils

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des
Démocrates Suisses **DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:
Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

Le Piloni

Suite de page 14

pensaient du racisme. La plupart ont répondu qu'à trop parler de ce problème pendant leurs cours scolaires, cela devenait une obsession agaçante produisant l'effet contraire. L'OSAR (l'Organisation suisse d'aide aux réfugiés) devrait stopper ses cours de xénophobie dans les écoles, cette propagande étant beaucoup moins positive qu'elle veut bien le faire croire. Si elle persiste d'autre part à étendre ces cours dans une population adulte, cela risque bien de déclencher un rejet, car moins on parle de certains handicaps et moins ils ont tendance à exister. La méthode Coué de l'OSAR qui prétend que ces cours augmentent la tolérance face aux réfugiés, se met le doigt dans l'œil. La Confédération devrait faire des économies en supprimant les subventions à cet organisme tout à fait inutile et plutôt malfaisant.

L'Islande au pilori

L'écoeurement devient désespoir dans les milieux de protection de la nature et des animaux. L'Islande redevient le «boucher» des mers en reprenant la chasse à la baleine après 14 ans de moratoire pour leur protection. Prétendre qu'il s'agit d'une chasse au nom de la science, c'est une hérésie. Il y a belle lurette que les scientifiques depuis Darwin ont eu le temps de se familiariser avec tous les organes de ce grand cétacé pacifique et inoffensif en voie de disparition. Décidément l'homme devient de plus en plus barbare au fur et à mesure de ses progrès scientifiques. Il y a en plus la Norvège qui a un quota

de 711 baleines pour 2003 et le Japon tue environ 400 à 500 spécimens par an, alors que le cheptel a tendance à diminuer chez les baleines à bosses et les rorquals. Bof! Après les incendies, les ouragans et les guerres, pourquoi notre planète devrait-elle avoir peur d'être privée de ces cétacés-là?

La désinformation étasunienne continue

Afin d'amadouer l'opinion publique internationale et convaincre les pays les plus réticents à envoyer leurs troupes en Irak pour redresser le pays (je dirais mater les citoyens), voilà que les médias d'outre atlantique se gargarisent, selon la méthode Coué, «de l'amélioration constante et spectaculaire de la situation en Irak.» A part les Européens qui mettent les pieds au mur on rechignant, beaucoup d'autres nations, pour plaire aux USA, vont envoyer des contingents qui seront commandés par les militaires étasuniens.

Quel culot, de la part de ces cowboys d'attirer dans leur filet des Etats complètement étrangers à leur sale guerre qui devront en plus contribuer aux dépenses y afférentes. L'arrogance augmente au fur et à mesure que la déconfiture s'amplifie. De plus, en refusant d'envoyer d'autres GI's pour aider à la reconstruction, les bushistes s'assurent ainsi l'aide internationale, (sous leur contrôle), leur laissant toute liberté pour permettre aux pétroliers de remettre en état les puits de pétrole qu'ils exploiteront à leur profit.

On dirait que la langue de bois chère à Moscou a fait des émules aux Etats Unis.

Octopus

Le je m'en-fichisme de certains de nos naturalisés

Vous croyez que ces gens qui sont venus chez nous pour avoir une vie meilleure ou pour se sentir mieux dans leur peau, qui ont obtenu un travail dans les organisations internationales et dans le privé et ont obtenu la nationalité suisse grâce à leur mariage ou quelques années passées en Suisse ont de la reconnaissance? Vous croyez qu'ils ont la décence de dire merci le premier août en décorant leurs fenêtres ou en faisant flotter le drapeau suisse sur le mât dans leur jardin? Que non pas.

J'ai des voisins dans ce cas qui ont laissé flotter le Stars and Stripes, le

drapeau breton, et un autre l'Union Jack. Inutile d'ajouter que la musique n'avait rien de commun avec nos hymnes nationaux ou cantonaux et que les invités ne dansaient pas la valse au son du cor des Alpes. C'est à ces petites choses qu'on reconnaît les naturalisés intégrés et reconnaissants à qui l'on peut faire confiance. J'aimerais savoir si les Belges, les Français, les Italiens ou les Bosniaques naturalisés d'hier et d'aujourd'hui, ont eu un geste patriotique vis-à-vis de leur pays d'accueil et combien ont eu, ce jour de notre fête nationale une pensée reconnaissante?

Octopus

L'homme redevient un animal

Pour revenir aux centaines de morts de vieilles personnes en Europe pendant cette période caniculaire, en France surtout, il est facile de faire une comparaison entre l'homme et l'animal.

En effet, les rejetons des singes, des girafes ou des canards, ne s'occupent jamais de leurs parents une fois sevrés, comme d'ailleurs ces mêmes parents oublient très vite leur progéniture en mal de liberté, une fois qu'elle a quitté le milieu familial.

L'homme a tendance à faire de même et l'on doit s'attendre à toujours plus d'indifférence vis-à-vis de ces vieux qui refusent de mourir à un âge «décent», qui coûtent de plus en plus cher à la société, qui encombrant des appartements trop grands pour eux, qui exigent de plus en plus d'aides soignantes à domicile parce que leur présence dans les hôpitaux gênent fortement le bon fonctionnement de routine, et qu'on ne peut pas les mettre dans des SPA pendant les vacances.

Dans les organisations tribales, les vieux ont encore un rôle à jouer pour transmettre leur savoir, mais dans le monde moderne «progres-

siste», tout va tellement vite que ce sont les jeunes qui doivent essayer de mettre à la page leurs aînés. Et de plus, cela représente une perte de temps, or «time is money».

C'est pourquoi, les parents doivent être préparés, dès la naissance de leurs enfants, à ne devoir jamais compter sur eux pour les soutenir plus tard. Donc, dans les familles paysannes où la venue d'un garçon représentait un capital futur. Il faudra changer la donne. De toutes façons, à voir où va la paysannerie avec la perspective de centaines d'exploitations agricoles qui vont disparaître ces prochaines années, les changements se feront obligatoirement.

Ces constatations ne sont pas réjouissantes vu les sacrifices faits par les générations précédentes, mais l'animal qui est en l'homme revient au galop sans que quoi que ce soit puisse l'arrêter. Ni les guerres, ni les catastrophes naturelles, ni la dégradation des mœurs et de la santé, ne peuvent arrêter cette fuite en avant (ou en arrière) et ce n'est pas la technique, l'informatique ou l'aéronautique qui joueront le rôle du docteur miracle.

Mary Meissner

Les cigarettiers, des dealers de nicotine

Saviez-vous que dans le secret de leurs laboratoires, les cigarettiers font tout pour rendre leur produit de plus en plus addictifs, surtout depuis le renforcement des campagnes anti-tabac.

Par exemple Philipp Morris trafique l'acidité de la Marlboro en ajoutant de l'ammoniaque, ce qui augmente les effets de la nicotine sur le cerveau. Autre astuce plus grave. Cette marque entre autres, utilise le tabac génétiquement modifié qui délivre 50% de nicotine en plus avec 20% de feuilles en moins. (Après cela, comment peut-on croire les affirmations mensongères des multinationales produisant des graines OGM n'ayant aucune influence sur la santé.) Et dire que le 14.4.1994, les 7 PDG du tabac convoqués devant une commission parlementaire, juraient que la nicotine n'était pas addictive? Il y a pire. R. J. Reynolds explique que pour ne pas perdre leur part de marché, les cigarettiers doivent conditionner d'abord les enfants dès l'âge de 13 ans. Pour ne pas rebuter les inhaleurs, la fumée doit donc être douce, sans pour autant diminuer le contenu de 1.3 mg/ci-

garetté pour confirmer un fumeur. Ce représentant de Reynolds a même répondu que la clientèle visée (les enfants de 12 à 15 ans) «ont des lèvres et nous les voulons.»

Dans un mémo non daté, le Tobacco Institute se félicite d'avoir fait échouer aux Etats Unis 90% des 1000 projets de loi qui étaient défavorables à l'industrie du tabac, grâce aux 72.6 millions de \$ versés aux hommes politiques. (Comme quoi l'interdiction de fumer dans les endroits publics a peu d'influence sur une diminution de la consommation que continue ailleurs).

Karl Rove, un de ces politiciens est aujourd'hui le principal assistant de George W. Bush. Il est en même temps un consultant rémunéré de Philipp Morris qui a versé 360 000 \$ au clan Bush lors de sa dernière campagne électorale, par l'intermédiaire de 13 cabinets d'avocats travaillant pour les cigarettiers. Après cela, qui ose encore nier que la politique est un vaste théâtre de petits copains qui jettent de la poudre aux yeux d'une opinion publique tourneboulee par les mensonges publicitaires?

Maria de Seimners

SD startet Wahlkampf

Die Schweizer Demokraten (SD) haben mit einem kleinen Parteitag in Bern-Bümpliz ihren Auftakt in den Wahlkampf 2003 zelebriert. Genau wie vor vier Jahren kandidieren die SD in zehn Kantonen mit einer Stammliste (AG, BE, BL, BS, LU, NW, TG, SG, VD und ZH) sowie in den Kantonen Aargau und Bern erstmals auch zusätzlich mit einer Liste der Jungen Schweizer Demokraten (JSD). Die JSD-Liste soll insbesondere das wachsende rechts-konservative Wählersegment mobilisieren. SD-Mandatsgewinne werden insbesondere in den Kantonen Aargau, Bern, Basel-Land und Zürich angestrebt. Folgende Wahlkampfthemen stehen für die SD im Vordergrund: Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten (gleichlautende Initiative lanciert), Verhinderung der Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf neue EU-Staaten, SD-Referendum gegen die Liberalisierung des Einbürgerungsrechts, Kampf der Kriminalität, Eindämmung der Staatsverschuldung, Absicherung der Sozialwerke, Einführung von griffigen Gesetzen gegen «Wirtschafts-

abzocker», absoluter Schutz und Vorrang der Einheimischen auf allen Ebenen.

Fernsehen zensuriert SD-Werbespot

Mit Unverständnis haben die SD-Delegierten davon Kenntnis genommen, dass das Schweizer Fernsehen Inhalte aus dem am kommenden Mittwoch, 10. September 2003, ausgestrahlten SD-Werbespot zensuriert hat. Insbesondere ein sattem bekanntes Ausländer-Stabilisierungsversprechen von Frau Bundesrätin Ruth Metzler (Zitat: «Die Diskussion hat gezeigt, dass Sie mir in der Ausländerpolitik für die Zukunft vertrauen können»), ausgesprochen in der Arena-Sendung zur 18%-Initiative, durfte nicht gesendet werden. Damit hat sich das Schweizer Fernsehen einmal mehr als ein reines Hofberichterstattemedium der Regierungsparteien entpuppt. Die SD vertrauen Frau Metzler natürlich nicht und werden sich auch weiterhin gegen die verfehlte Ausländer- und Asylpolitik zur Wehr setzen.

*Bernhard Hess, Nationalrat
SD-Zentralsekretär*

**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT**
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-
(für Mitglieder obligatorisch)

Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!

Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

SD 
Schweizer Demokraten

Bei ungefähr 10% aller eingesandten Unterschriftenbogen fehlen die Angaben zum Kanton, zur PLZ oder zur politischen Gemeinde. Hier deshalb unsere

Tipps zum korrekten Ausfüllen von Unterschriftenbogen

Kanton: AG PLZ: 5400 Politische Gemeinde: Baden

Nr.	(in Blockschrift)		Geburtsdatum			Wohnadresse		Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle (leer lassen)
	Name	Vorname	T	M	J	Strasse	Nr.		
1	Muster	Emil	18	6	36	Bergstr.	7	E. Muster	
2	Muster	Martha	9	4	39	Bergstr.	7	M. Muster	
3									
4									
5									

oben: Richtig!

unten: Falsch

Kanton: _____ PLZ: _____ Politische Gemeinde: _____

Nr.	(in Blockschrift)		Geburtsdatum			Wohnadresse		Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle (leer lassen)
	Name	Vorname	T	M	J	Strasse	Nr.		
1	Muster	Emil	18	6	36	Bergstr.	7	E. Muster	
2	ll	Martha	9	4	39	ll	ll	M. Muster	
3	Müller	Hans	21	10	65	Talstr.	18	H. Müller	
4	dito	Rita	29	6	68	dito	18	R. Müller	
5	do	Peter	1	12	71	do	18	P. Müller	

Fehler Nr. 1: Name, Vorname und Unterschrift dürfen nicht in derselben Schrift oder gar mit Schreibmaschine geschrieben werden. **Solche Unterschriften sind ungültig.**

Fehler Nr. 2: Kanton, PLZ und politische Gemeinde fehlen!

Fehler Nr. 3: Gänsefüsschen oder dito oder do sind nicht gestattet!

Fehler Nr. 4: Es muss der ganze Bogen eingeschickt werden. **Keinesfalls** nur die untere Hälfte mit den Unterschriften einschicken. **Solche Bogen sind ungültig!**



Begrenzung der aussereuropäischen Einwanderung

SD-Unterschriftensammlung an der OLMA

Auch dieses Jahr werden wir an der OLMA Unterschriften sammeln. Vom 9. bis zum 19. Oktober (die letzten 11 Tage vor den Nationalratswahlen) an der OLMA in

St. Gallen. Zum ersten Mal in der Waaghaus-Unterführung. Allerdings brauchen wir dafür dringend Mithilfe, um das Ziel von 6000 Unterschriften zu erreichen.

Ich mache auch mit

Sammeltermine

9. 10. Donnerstag
 10. 10. Freitag
 11. 10. Samstag
 12. 10. Sonntag
 13. 10. Montag
 14. 10. Dienstag

Bitte zutreffendes ankreuzen

Übernachtung erwünscht

15. 10. Mittwoch
 16. 10. Donnerstag
 17. 10. Freitag
 18. 10. Samstag
 19. 10. Sonntag

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ PLZ/Ort: _____

Telefon: _____ Natel: _____

Einsenden an:
Roland Uhler, Lenaustr. 19, 9000 St. Gallen. E-Post: ruhler@freesurf.ch

Volksinitiative «Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten»:

Es geht immer noch zu langsam

Wir stehen vor einer entscheidenden Periode für das Gelingen unserer Volksinitiative! Im Hinblick auf den Wahlkampf für den Nationalrat bildet die Initiative ein hervorragendes Propagandainstrument. Sammeln Sie Unterschriften, wo auch immer politische Podiumsgespräche und Wahlveranstaltungen stattfinden, aber auch an andern Veranstaltungen und auf Strassen und Plätzen!

Das Gros der Unterschriften bringen wir am besten in dieser Zeit herein! Leider können wir noch immer keine Entwarnung durchgeben: die Unterschriftensammlung verläuft noch immer zu wenig schnell, damit wir in der vorgegebenen Frist die benötigten Unterschriften zusammenbringen! Ein jeder ist gefordert! Wenn jeder Motivierte sich einsetzt, sollte es gelingen, aber nur dann!